G 1480

# MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

3-2009 • 4,– €
www.mitmagazin.com

**POLITIK**

**Eingeknickt beim Mindestlohn**

**WIRTSCHAFT**

**Was bringt die CeBIT?**

**UNTERNEHMEN**

**Fehler bei Miet- und Pachtverträgen**

# Hier herrscht Lexware.

LEXWARE

## Lexware financial office: So wird die Ordnung komplett.

Sie haben sich als Selbstständiger oder mit ihrem kleinen Betrieb etabliert? Dann haben Sie alle Hände voll zu tun, um überall für Ordnung zu sorgen. Lexware financial office hilft Ihnen jetzt dabei. Als echter Alleskönner entlastet er Sie, wo er nur kann: bei der Buchhaltung, Fakturierung und Lohnabrechnung. Anstatt Kraft und Zeit zu verlieren, gewinnen Sie den kompletten Überblick.

- Enthält: Lexware buchhalter ´09, Lexware faktura+auftrag ´09 und Lexware lohn+gehalt ´09.
  **4 Wochen kostenlos testen! Jetzt bestellen auf www.lexware.de/shop**

# ES REICHT!

**Jürgen Presser** ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

*In meinem letzten Editorial habe ich unter der Überschrift „Erinnerungen aus der Zukunft" in einem erdachten Szenario den Weg zur Machtübernahme der Lafontaine-Kommunisten und die Umwandlung Deutschlands mit Hilfe des Grundgesetzes in einen sozialistischen Staat skizziert. U.a. schrieb ich:* ***„Die ersten Maßnahmen der Regierung Lafontaine waren nach Spannungen der Austritt aus der NATO und nach Artikel 14 (Abs. 2 und 3) und 15 des Grundgesetzes die Enteignung der Stromkonzerne und der Großbanken."***

*Hätte ich damals geschrieben, dass die große Koalition dies wesentlich erleichtert hatte, weil sie noch 2009 ein Gesetz vorbereitete, das die Verstaatlichung von Banken grundgesetzkonform ermöglicht, hätte die CDU–Führung dies mit Abscheu und Empörung zurückgewiesen und die MIT der Obstruktion gescholten. Aber die Realität schlägt in diesen Tagen die Fiktion.*

*2005 haben sich die Reform-CDU und die SPD der Schröder-Reformen zu einer großen Koalition zusammengeschlossen. Was ist aus der Hoffnung geworden, die selbst Teile der Wirtschaft 2005 gegenüber dieser Regierung gehegt haben?*
*Die Reformbereitschaft der SPD hat sich nach der mutigen Rentenreform unter dem Druck Lafontaines in heiße Luft aufgelöst. Sie betreibt seitdem eine sozial-reaktionäre Politik. Und CDU/CSU geben ihr dazu in der Regierungspolitik viel Spielraum.*

*Allzu oft hört man aus der konservativen und wirtschaftsorientierten Wählerschaft, unsere Kanzlerin führe eine sozialdemokratische Regierung . Das ist zwar so nicht richtig, aber die Befindlichkeit drückt sich in Umfragen und Wahlergebnissen aus. CDU/CSU schaffen es kaum, aus dem Keller ihres Ergebnisses von 2005 herauszukommen, während die FDP vor Kraft kaum noch laufen kann.*

*Ist es ein Wunder? Gesundheitsreform, Pflegereform, massive Steuererhöhungen, das ständige scheibchenweise Nachgeben beim Mindestlohn und vieles mehr verunsichern unsere Wählerschaft. Die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt verblassen vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise. Vor der Bayernwahl wurden Steuererleichterungen noch in dieser Periode strikt abgelehnt. Auf dem letzten CDU-Parteitag wurde ein MIT-Antrag für Steuersenkungen im Rahmen des damals schon absehbaren Konjunkturpaketes II abgeblockt. Im Vorfeld des Koalitionsausschusses wurden sie dann von CDU/CSU gefordert.*

*Dieses Konjunkturpaket II entpuppt sich nun als „Marienkäferprogramm" – viel Rot mit schwarzen Punkten. Mit keynesianischen Maßnahmen und der Verweigerung einer Steuersenkung für Leistungsträger bei Arbeitnehmern und Mittelstand, kann man nur auf eine schnelle Erholung der Weltwirtschaft hoffen, ansonsten sieht es düster aus!*

*CDU und CSU haben sich in der großen Koalition verändert. Die MIT unter Josef Schlarmann hat gegengesteuert und sich dabei nicht unbedingt beliebt gemacht, aber es war und bleibt richtig. Für die große Koalition gilt für uns : Es reicht ! Auch der Rücktritt von Michael Glos spricht Bände!*

*Eine Neuauflage könnte zu einer Zerreißprobe für die Union werden. Von der Union erwarten wir eine deutliche Rückbesinnung auf ihre Werte und die Ausrichtung auf eine bürgerliche Koalition nach der Bundestagswahl. Dabei werden wir die Kanzlerin unterstützen.*

jollydays.de

Unvergessliche Tage erleben

Jollydays.de ist Deutschlands großes Erlebnisportal und bietet über 600 Erlebnisse aus vielen Themenbereichen. Ob Action oder Wellness, Sport oder Kulinarik – für jeden findet sich das passende Highlight. Sichern Sie sich mit einem Rabatt von 12 % Ihren Erlebnis-Gutschein oder Ihr Erlebnis-Ticket.

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Nachlass 12 %

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen Kreisverband der MIT unter www.mit-virtuell.de.

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU
in Kooperation mit corporate benefits GmbH

# Mister 18 Prozent

Uns Guido strotzt nur so vor lauter politischer Kraft, die er für seine eigene und die seiner Partei FDP hält. 16 % in Hessen und weiter weisen ihm die Demoskopen den Weg nach oben. Jene 18 %, die einst sein Vorgänger Möllemann vorgab, sind in greifbare Nähe gerückt. Vorbei scheint die Zeit der Zitterpartien um die Fünf-Prozent-Grenze.

Der MIT-Ehrenvorsitzende Elmar Pieroth warnt davor, gute Wahlergebnisse der FDP in bloßem Lagerdenken zu akzeptieren. „Die CDU war immer dann stark, wenn sie auch ein klares wirtschaftspolitisches Profil hatte. Und es ist die Aufgabe der MIT, dieses Profil innerhalb der CDU einzufordern, zu schärfen und nach außen deutlich zu machen."

**Die Stärke der FDP spiegelt die Schwäche der CDU.**

Options-Politik á la Merkel: Durchregieren wie eine schwäbische Hausfrau: Wenn's mit der SPD nicht mehr klappt, nehme ich halt die FDP.

Fotos: dpa picture alliance

**Angela und Guido beim Koalitions-Tête-à-Tête.**

# Immer mehr Kunden vertrauen uns

Mit unserer Allfinanzstrategie sind wir seit über 30 Jahren erfolgreich. In dieser Zeit haben wir kontinuierlich neue Kunden gewonnen. Denn unsere Leistung überzeugt.

Wir bieten Ihnen persönliche Lösungen mit individuellen Produkten – rund um die Themen: Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Baufinanzierung, Geldanlagen und Versicherungen.

Nutzen Sie Kompetenz und Erfahrung von über 35.000 Vermögensberatern für Ihren Lebensweg und Ihre Zukunft. Wie 5 Millionen zufriedene Kunden mit Ihnen.

*Früher an Später denken!*

Deutsche Vermögensberatung

Weitere Informationen unter:
www.dvag.com

„Ich kann mich nicht für die Welt interessieren und die Augen vor ihren Problemen verschließen."
Maybrit Illner, Moderatorin

Schauen Sie hin!
www.misereor50.de

50 MISEREOR
IHR HILFSWERK

Mit Zorn und Zärtlichkeit
an der Seite der Armen

Spendenkonto 10 10 10
Pax Bank - BLZ 370 601 93

Ja, bitte schicken Sie mir mehr Informationen zu MISEREOR:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Den Coupon senden an:
MISEREOR, Mozartstr. 9, 52064 Aachen

## POLITIK

**3 Editorial**
**Es reicht!**
Der stellv. MIT-Bundesvorsitzende Jürgen Presser kritisiert das Abschmelzen des Markenkerns der Union innerhalb der großen Koalition

**8 Staatliche Lohnfummelei**
Wie haben sich die Union und die Kanzlerin persönlich gegen den Mindestlohn gesträubt: Nach langem Hickhack und einem mehrschichtigen Tauschhandel gibt es ihn nun in sechs Branchen. Die Zeche zahlt u.a. auch der Mittelstand

**12 Merkel soll Merz zurückholen**
In einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt kritisiert Josef Schlarmann die Entfernung der Union von den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, die Ludwig Erhard einst begründete. In einer Fortsetzung der großen Koalition sieht er eine existenzielle Gefährdung der Union als Volkspartei

**13 Auf den Punkt gebracht**
MIT-Chefredakteur Günter F. Kohl berichtet von einer jungen Amerikanerin, die, ohne je etwas von Ludwig Erhard oder über von Mises gehört zu haben, richtige Antworten auf selbst gestellte Fragen gibt und Obama für einen Irrtum der Geschichte hält.

**14 Aus anderer Sicht**
Der langjährige Berlin-Korrespondent und künftige stellv. Chefredakteur der „Wirtschaftswoche", Henning Krumrey, schreibt über die Wirtschaftskompetenz der Union nach dem Rücktritt von Michael Glos.

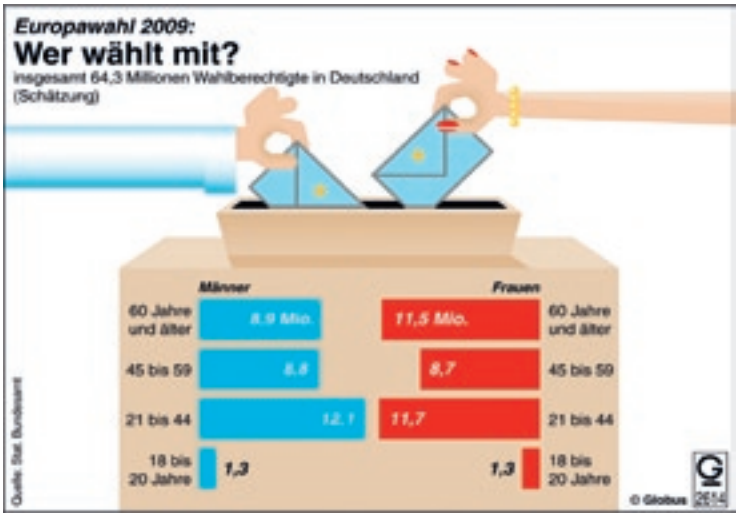
## WIRTSCHAFT

**16 Altersvorsorge**
„Der Königsweg für die Altersvorsorge existiert nicht", sagt Andreas Gernt, Finanzexperte der Verbraucherzentrale Niedersachsen. Es hänge immer vom Einzelfall ab, welche Produkte empfehlenswert sind.

**20 CeBIT 2009**
Der wichtigste Branchentreff (3.-8. März) steht vor der Tür: Webciety, Cloud-Computing, Software-as-a-Service, Green-IT, Business-Solutions und eine Menge Anglizismen mehr hält die „Computer-Messe" in Hannover für ihre Besucher bereit.

## UNTERNEHMEN

**26 Wenn sich die Politik Zeit lässt**
Je mehr die Politik schlampt, um so heftiger rotieren die Programmierer der Hersteller von Steuer-Software-Programmen für Unternehmen. Spät kommen schon die Gesetze, noch später und oftmals fehlerhaft die Ausführungsbestimmungen. Aber die Firmen sollen alle pünktlich ihre Steuern zahlen...



27 **Daten verlangen Sensibilität**
Die zehn häufigsten Fehler beim Umgang mit Firmendaten

28 **Miet- und Pachtverträge**
In der anwaltlichen Praxis zeigt sich, dass beim Abschluss von gewerblichen Miet- und Pachtverträgen häufig immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden.

30 **Sanfter Übergang mit Perspektive**
Nicht jeder Generationswechsel erfolgt so reibungslos wie bei dem schwäbischen Traditionsunternehmen Hettich und Kohnle

## MIT-INSIDE

35 **Mittelstandspolitik**
Neues aus dem Bundestag, den Landtagen und dem Europäischen Parlament

36 **MIT-Bundesvorsitzender auf Landpartie**
Josef Schlarmann zu Besuch bei MIT-Streitern an der Ahr in Rheinland-Pfalz

37 **Die bayerische Mittelstands-Union macht mobil**
Den Blick klar nach vorn gerichtet, möchte sie die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Union wieder herstellen und die große Koalition überwinden

39 **Namen sind Nachrichten**

40 **Berichte aus den Regionalverbänden**

42 **Baustelle Berlin**
MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen macht sich so seine Gedanken

## SERVICE

31 **Recht im Gespräch**

32 **Aktuelle Urteile**

33 **Buchbesprechungen**

34 **MIT-Werbemittel-Shop**

42 **Impressum**

**Hinweis zum Titelbild**

Es handelt sich um ein Plakat, das 1957 der Verein „Die Waage – Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs e.V.“ herausgegeben hat. Es wurde uns freundlicherweise vom „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn zur Verfügung gestellt.

**Freiheit ist ein Wert, der nicht selbstverständlich ist und der immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss.** Aus diesem Grund fördern und ehren wir mit dem „Liberty Award“ Journalisten, die sich mit außergewöhnlichen Leistungen um die Pressefreiheit verdient gemacht haben. Eine unabhängige und hochkarätige Jury wird den Preis am 26. März zum dritten Mal in Folge in Berlin vergeben.

**Mehr Information finden Sie unter:**
**www.liberty-award.de**

LIBERTY AWARD

Imperial Tobacco
REEMTSMA

# Staatliche Lohnfummelei

Foto: dpa picture alliance

Gewerkschaften und SPD sind ihrem Ziel „flächendeckender Mindestlohn“ ein gutes Stück näher gekommen. **Die Union knickte ein: aus dem kategorischen Nein der Kanzlerin wurde ein typisch Berliner Kompromiss** – unter Aufgabe der eigenen Identität und des bloßen Machterhalts willen.

**Sechs weitere Branchen erhalten einen Mindestlohn. Darauf hat sich die große Koalition nach langem Hickhack verständigt. Nie zuvor hat die Politik so stark in die Tarifautonomie eingegriffen. Ein falsches Signal zur Unzeit. Die Zeche zahlen auf lange Sicht Geringqualifizierte, Verbraucher und Mittelstand.**

Seit der Bundestagswahl vor über drei Jahren haben Union und SPD ihren Lieblingsstreit ausgetragen. Treibsatz war die auch im Volk äußerst populäre Forderung von Gewerkschaften, Linken und Sozialdemokratie nach einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro. Die Christdemokraten waren von Anbeginn Getriebene der Debatte und knickten schon bald aus Sorge vor der eigenen Wählerschaft ein. So wurde aus ihrem kategorischen Nein das Zugeständnis, branchenweise Lösungen zu prüfen – ein typisch Berliner Kompromiss. Immer wieder verstrickten sich die Koalitionspartner später in kleinkarierten Verfahrensfragen und Detailstreitigkeiten. Nun ist der politische Dauerbrenner zu einem vorläufigen Ende gekommen. Und die Genossen scheinen sichtlich zufrieden mit ihrer erfolgreichen Salamitaktik: Sechs neue Berufsgruppen kommen nun kurz vor Toresschluss der Legislatur unter den Schutzschirm staatlich garantierter Entgeltabsicherung.

## Jeder Zehnte

Die Gesamtbilanz fällt noch üppiger aus. Denn zu Amtsantritt der Regierung stand allein der Bau unter dem Kuratel des 1996 speziell für ihn von Norbert Blüm geschaffenen Entsendegesetzes. Ziel war damals, sich so in der langen Nachwendestrukturkrise vor osteuropäischen Billiglöhnern aus der ersten EU-Erweiterungsrunde zu schützen. Zehn Jahre war Ruhe. Dann trotzte nach dem Gebäudereinigerhandwerk zunächst der staatsnahe Gelbe Riese der Politik mit spektakulärer Perfidie den übernächsten Mindestlohn ab. Pünktlich zur weiteren Liberalisierung des Briefmarktes traf dieser nicht die gut bezahlten Postboten des Ex-Monopolisten, sondern allein diejenigen der rund 150.000 Briefzusteller, die von der sich im Aufbau befindlichen neuen Konkurrenz angeheuert waren. Wie von Kritikern befürchtet, erwies sich der mit üblem Beigeschmack behaftete Kuhhandel als ein Öffnen der Büchse der Pandora. Jetzt kommen noch einmal 1,2 Millionen Arbeitnehmer in der Alten- und häuslichen Krankenpflege, im Sicherheitsgewerbe, der Abfallwirtschaft, bei Großwäschereien, in Bergbauspezialdiensten sowie der geförderten Aus- und Weiterbildung hinzu. Insgesamt macht das zusammen mit der geplanten Sonderregelung für die fast 800.000 Zeitarbeiter rund vier Millionen Beschäftigte. Das wäre jeder Zehnte.

## Zankapfel Zeitarbeit

Bei der Zeitarbeit krachte es zuletzt noch einmal gehörig im Koalitionsgebälk. Die Branche gilt Fachleuten als einzige funktionierende Flexibilisierungsreserve im ansonsten tief verkrusteten deutschen Arbeitsmarkt. Rot-Grün hatte die Arbeitnehmerüberlassung erst vor wenigen Jahren mit Unterstützung der damals unionsdominierten Länderkammer durch die Hartz-Gesetze liberalisiert. Seither können Personaldienstleister vom „Equal-Pay-Gebot“ abweichen, wenn sie einen eigenen Tarifvertrag für ihre Beschäftigen aushandeln. Das löste einen regelrechten Zeitarbeitsboom aus. Alle machten von der Öffnungsklausel Gebrauch, die Tarifbindung stieg auf fast 99 Prozent. Zugleich entwickelte sich eine in Deutschland sonst rare, äußerst pluralistische Tariflandschaft, bei der mehrere Flächen- und Verbands- sowie Haustarifverträge nebeneinander bestehen. Bis fast zuletzt blieben CDU und CSU in dieser Frage standhaft. Schließlich hatte man sich in mehreren Parteitagsbeschlüssen und öffentlichen Reden des Spitzenpersonals eindeutig festgelegt, die Zeitarbeit nicht anzurühren. Auf dem Altar des Koalitionsausschusses zum zweiten Konjunkturpaket fiel dieses Versprechen dann aber dem Verzicht der SPD auf eine Reichensteuer zum Opfer. Zur Gesichtswahrung soll der Mindestlohn hier „Lohnuntergrenze“ heißen und demnächst im speziellen Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verankert werden. Zu Redaktionsschluss dauerten die Verhandlungen dazu noch an. Ein Scheitern ist nicht ausgeschlossen..

## Angriff auf die Tarifautonomie

Ob am Ende mit oder ohne Zeitarbeit, nie zuvor hat sich der Staat derart eingemischt. Sie werden schlichtweg außer Kraft gesetzt. Verfassungsrechtlich ist das nicht ohne Risiko. Schon der Postmindestlohn beschäftigt derzeit die Gerichte. Denn die freie Lohnfindung genießt den Schutz des Grundgesetzes. Artikel 9 definiert die Tarifautonomie als eine zentrale Säule der bundesdeutschen Marktwirtschaft. „Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtwidrig“, heißt es dort. Die positive Koalitionsfreiheit gibt den Sozialpartnern das Recht, unbeeinflusst von der Politik eigenständig Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Ihre negative Ausformung verbietet die Zwangsmitgliedschaft von Unternehmen oder Beschäftigten bei Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Nur wenn gleichrangige

### Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG)

In den aufgenommenen neun Branchen können bundesweite Tarifverträge über Mindestentgelte und -arbeitsbedingungen auf Antrag von Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbänden nach Befassung des Tarifausschusses per Rechtsverordnung von der Bundesregierung für allgemeinverbindlich erstreckt werden. Sie gelten dann ausnahmslos für alle inländischen und ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland, auch wenn das Unternehmen tarifungebunden ist. In der Pflegebranche legt eine Kommission aus Vertretern der kirchlichen sowie privaten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite die Entgelte einvernehmlich fest.

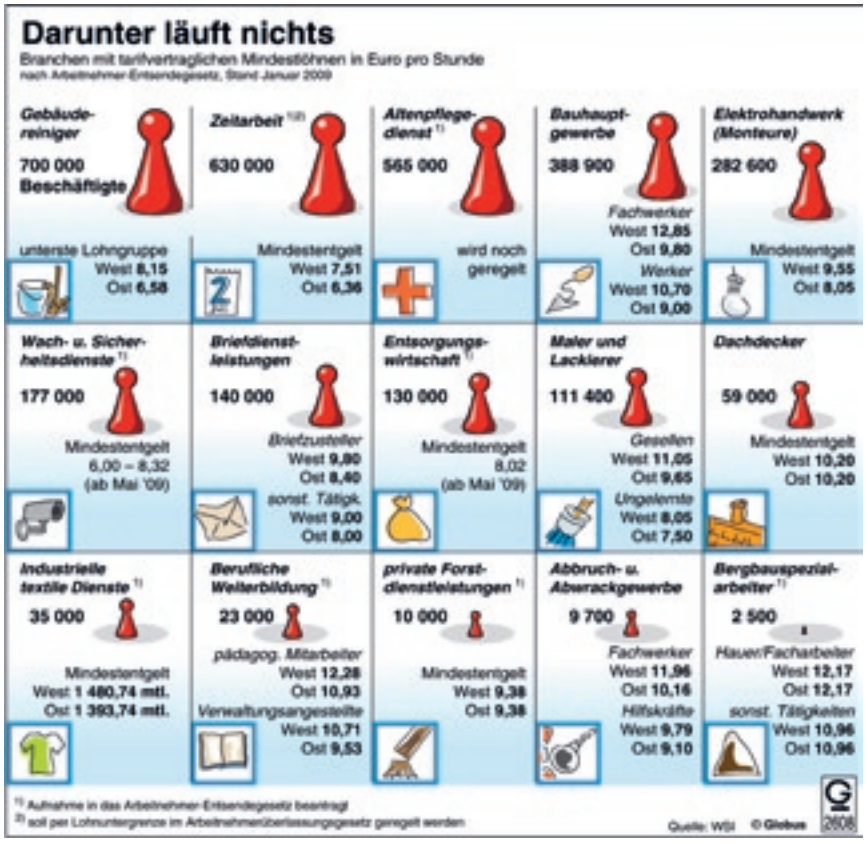
### Mindestarbeitsbedingungengesetz (MiArbG)

In Wirtschaftszweigen mit einer Tarifbindung unter 50 Prozent ermöglicht das Gesetz Mindestentgelte verbindlich festzulegen. Ein ständiger Hauptausschuss prüft, ob in einer Branche soziale Verwerfungen vorliegen. Ein Fachausschuss mit Branchenvertretern legt dann die konkrete Höhe des Mindestlohns fest. Anschließend erklärt die Bundesregierung diese Empfehlungen per Rechtsverordnung für verbindlich. So zustande gekommene Mindestlöhne geltend zwingend für alle in- und ausländischen Arbeitnehmer. Nur zum Stichtag 16. Juli 2008 bestehende Tarifverträge und deren Anschlusstarifverträge genießen Vorrang vor den staatlichen Entgeltgrenzen.

### Branchen

Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Branchen war ein gemeinsamer Antrag der Tarifpartner sowie eine bundesweite Tarifbindung von mindestens 50 Prozent.

- Bauhaupt- und Nebengewerbe (1996)
- Gebäudereinigung (2007)
- Postdienstleistungen (2008)
- Altenpflege und häusliche Krankenpflege
- Abfallwirtschaft
- Wach- und Sicherheitsgewerbe
- Objektwäschereien im Großkundengeschäft
- Aus- und Weiterbildung n
- Bergbauspezialarbeiten




Grundrechte tangiert sind, darf der Gesetzgeber in diese Sphäre eingreifen. So setzen beispielsweise die staatlichen Vorgaben für gesetzliche Urlaubstage und Höchstarbeitszeiten Rahmenstandards gegen Ausbeutung.

In vielen der neuen Mindestlohnbranchen herrschen aber gerade keine sozialen Verwerfungen, die es rechtfertigen würden, auch noch von anderen ausgehandelte Löhne für alle vorzuschreiben. Das machen schon die zugrundeliegenden Tarifentgelte deutlich, die in Kürze für allgemeinverbindlich erklärt werden: Knapp 12 Euro für Bergleute sind weit von Sittenwidrigkeit und Wucherei entfernt. In der Pflege, wo wegen der Sonderstellung der Kirchen eine Kommission eingerichtet wird, streben die Gewerkschaften eine Untergrenze von 9,80 Euro an. Refinanziert werden muss das am Ende über die Pflegeversicherung durch höhere Beiträge. Und in der Abfallwirtschaft steigen wohl schlicht die Gebühren der Privathaushalte für die Müllabfuhr.

## Schutz des Tarifkartells

Allerdings gilt die Tarifautonomie in Zeiten erodierender Tarifbindung den Verbänden selbst oft nicht mehr viel. Manch Unternehmer schätzt den Mindestlohn vor allem dort, wo er einem ausländische Billigkonkurrenz oder günstigere heimische Wettbewerber etwa aus Ostdeutschland vom Halse hält. Eine Aufnahme ins Entsendegesetz konnten Gewerkschaften und Arbeitgeber nur gemeinsam beantragen. Dankend nahmen viele diese Einladung an und können nun die Regierung zum reinen Handlanger egoistischer Organisationsinteressen machen: Sie handeln künftig als Minderheit Tarifverträge aus, die der Staat dann allen Unternehmen des Wirtschaftszweigs aufzwingt. Damit bleibt die Macht des Tarifkartells erhalten, so das Kalkül. Diese Rechnung geht aber nicht vollends auf. Denn mit den neuen Gesetzen können unter bestimmten Bedingungen auch geltende Tarifverträge per Federstrich außer Kraft gesetzt werden. Und beim Mindestarbeitsbedingungengesetz geben letztlich Staatskommissare die Lohnzahl vor, Gewerkschaft und Arbeitgeber fungieren als Feigenblatt.

## Populismus statt ökonomischer Verstand

„Guter Lohn für gute Arbeit" lautet der wohlklingende Schlachtruf der Mindestlohnverfechter. Ökonomisch sind die von ihnen vorgetragenen Argumente barer Unsinn. Denn der Umkehrschluss heißt: keine Arbeit für weniger Lohn. Und keine Arbeit bedeutet Sozialfürsorge sowie das berufliche Abschiebegleis. Der Staat kann vielleicht Gehaltsgrenzen festlegen. Eines kann er aber ganz sicher nicht: privaten Unternehmen ihren Stellenplan vorschreiben. Bestenfalls liegt ein Mindestlohn unter dem produktivitätsbezogenen Marktlohn und ist wirkungslos. Liegt er darüber, verlieren viele schlicht ihren Job. Eine brutale, ja zynische Wette. 7.000 ehemalige Beschäftigte des Postkonkurrenten PIN mussten dies bereits schmerzhaft am eigenen Leib erfahren.

Gern wird ins Feld geführt, man müsse von eigener Hände Arbeit auch leben können. Die Zahl derjenigen, die ergänzende Hartz-IV-Leistungen beziehen, hat in der Debatte um Mindestlöhne darum von Anfang an eine zentrale Rolle gespielt. Ihre Zahl nimmt zwar zu. Doch nur ein verschwindend kleiner Teil dieser insgesamt 1,3 Millionen „Aufstocker" gehört tatsächlich zu den „Working Poor", die per Definition von einem Vollerwerb den eigenen Lebensunterhalt dauerhaft nicht bestreiten können. Die meisten bekommen ein staatliches Zubrot entweder eine ganz kurze Zeit lang oder nur deshalb, weil sie lediglich in Teilzeit oder als Minijobber tätig sind bzw. aufgrund ihres Familienstands. Das bestätigte eine taufrische Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Abgesehen davon ist ein Kombilohn aus Arbeiten plus Aufstocken allemal sinnvoller als vollalimentierte Arbeitslosigkeit.

## Falsches Signal in Krisenzeiten

Beschäftigungspolitisch sind Mindestlöhne also zutiefst unsozial. Sie vernichten Jobs und drängen die Schwächsten aus dem Arbeitsmarkt in die perspektivlose Abhängigkeit der Transfersysteme. Die Agenda 2010 hat den Arbeitsmarkt nach unten geöffnet und damit Hunderttausende in Jobs gebracht. Nachdem die Koalition bereits beim Arbeitslosengeld I und ALG II sinnvolle Reformen zurückdrehte, trägt sie mit den neuen Mindestlohngesetzen die Idee eines Niedriglohnsektors als Einstiegschance für Ungelernte und Problemgruppen endgültig zu Grabe. Dieses Signal kommt zur Unzeit. Jubelbotschaften vom Arbeitsmarkt gehören erst einmal der Vergangenheit an. Angesichts des düsteren Szenarios der tiefsten Rezession der Nachkriegsgeschichte hätte die Regierung wahrlich gute Argumente gehabt, auf neue Beschäftigungshürden zu verzichten. Stattdessen begibt sie sich immer mehr auf die schiefe Bahn staatlicher Lohnfummelei. Die Rechnung dafür kommt später.

*mgm*

DAS INTERVIEW

# Merkel soll Merz zurückholen

**Interview des „Hamburger Abendblatts“ mit Josef Schlarmann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU**

**Dr. Josef Schlarmann** ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Von Beruf ist er Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg. Er gehört keinem Parlament an.

**Abendblatt:**
*Die große Koalition bereitet die Verstaatlichung von Banken vor. Das hätte bis vor kurzem nicht einmal die Linkspartei gefordert ...*
**Josef Schlarmann:**
... richtig! Ich erinnere an Artikel 14 des Grundgesetzes, der das Privateigentum sichert. Enteignungen sind dem Staat nur in engen Grenzen erlaubt. Sie müssen dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Das geplante Gesetz zielt allerdings auf den Einzelfall der Hypo Real. Dem Bundesfinanzministerium geht es offenkundig darum, einen widerspenstigen Gesellschafter zu entfernen. Ich habe da tiefste verfassungsrechtliche Bedenken.

**Abendblatt:**
*Die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende trägt diese Lösung mit. Erkennen Sie Ihre Partei noch wieder?*
**Schlarmann:**
Die Union ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, die darauf beruht, dass wir eine starke Privatwirtschaft haben und der Staat sich zurückhält. Leider hat das ordnungspolitische Reinheitsgebot in der großen Koalition keinen besonderen Stellenwert, das zeigt sich auch jetzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise.
Steuersenkungen, die ordnungs- und konjunkturpolitisch am sinnvollsten sind, mussten auch der CDU geradezu aufgedrängt werden. Da wundere ich mich nicht, dass sich unsere Anhänger in größerer Zahl der FDP zuwenden.

**Abendblatt:**
*Was ist Ihr Ziel für die Bundestagswahl? 35 Prozent plus x?*
**Schlarmann:**
Die Union kommt in Umfragen seit einiger Zeit kaum mehr über 35 Prozent hinaus. Und unsere Wahlergebnisse haben oftmals zwei bis vier Prozentpunkte unter den Umfragen gelegen. Unser Ziel muss deshalb 40 Prozent plus x bleiben.

**Abendblatt:**
*Was kann die Bundeskanzlerin dazu beitragen?*
**Schlarmann:**
Frau Merkel ist zwar beliebt, aber man muss immer auch fragen: Bei wem ist sie beliebt? Das ist sie auch bei Anhängern von Grünen und SPD, die in der Wahlkabine ihr Kreuzchen deswegen noch lange nicht bei der CDU machen. Wir sollten Frau Merkel als Vorsitzende und Kanzlerin im Wahlkampf durchaus nach vorne stellen. Ob das allerdings ausreicht für 40 Prozent plus x und eine bürgerliche Regierung, halte ich für sehr zweifelhaft.

**Abendblatt:**
*Wozu raten Sie?*
**Schlarmann:**
Wir sollten Frau Merkel ein ausgewogenes Team zur Seite stellen. Ich denke da in erster Linie an die Riege der Ministerpräsidenten. Horst Seehofer und Jürgen Rüttgers könnten den christlich-sozialen Flügel repräsentieren. Auch der wirtschaftsliberale Teil müsste sich wiederfinden, da bieten sich Günther Oettinger, Christian Wulff und auch Friedrich Merz an ...

**Abendblatt:**
*... Merkel soll Merz zurückholen?*
**Schlarmann:**
Wir sollten Friedrich Merz in unser Wahlkampfteam aufnehmen. Was hat denn Obama gemacht? Er hat Hillary Clinton, seine schärfste innerparteiliche Gegnerin, zur Außenministerin gemacht. Das ist nicht nur clever, das zeigt Persönlichkeit. Auch in der Union sollte man in der Lage sein, persönliche Aversionen zurückzustellen.

**Abendblatt:**
*Was ist mit dem konservativen Flügel?*
**Schlarmann:**
Da sind wir noch dünner besetzt als auf dem wirtschaftsliberalen.

**Abendblatt:**
*Roland Koch?*
**Schlarmann:**
Ja, vielleicht.

**Abendblatt:**
*Hätte die CDU es leichter, wenn Kanzlerschaft und Parteivorsitz nicht in einer Hand lägen?*

**Schlarmann:**
Theoretisch kann man das nicht beantworten. Man müsste wissen, wer dann den Parteivorsitz übernimmt. Das könnte nach Lage der Dinge Jürgen Rüttgers sein. Diese Konstellation würde allerdings nicht als Tandem, sondern als Zweikampf Merkel - Rüttgers wahrgenommen. Das wäre nicht förderlich.

**Abendblatt:**
*Rüttgers ist die Nummer zwei in der CDU?*
**Schlarmann:**
Er hat den stärksten Landesverband und eine klare Strategie. Sein Credo lautet: Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille. Damit findet er in der Union enorme Zustimmung.

**Abendblatt:**
*Womit wollen CDU und CSU den Wahlkampf bestreiten?*
**Schlarmann:**
Die Union muss authentisch bleiben. Da gibt es klare Vorgaben, die nicht zur Disposition gestellt werden dürfen. Erstens: Wir setzen auf die Privatwirtschaft und nicht auf eine wachsendeStaatswirtschaft.Zweitens: Wir wollen den Staatshaushalt konsolidieren. Drittens: Wir wollen Steuersenkungen vor allem für die Leistungsträger unserer Gesellschaft.

**Abendblatt:**
*Ist dafür nach zwei Konjunkturpaketen noch Geld da?*
**Schlarmann:**
Deutschland ist gut aufgestellt. Ich bin davon überzeugt, dass sich die Wirtschaftskrise in absehbarer Zeit überwinden lässt. Dann öffnen sich neue Spielräume.

**Abendblatt:**
*Sind Sie für einen schwarz-gelben Lagerwahlkampf?*
**Schlarmann:**
Ein Lagerwahlkampf ist das, was Frau Merkel am meisten fürchtet. Bei ihrem Generalsekretär Pofalla ist das fast zur Phobie geworden. Dabei ist das schwache Wahlergebnis von 2005 gar nicht auf das angeblich neoliberale Wahlprogramm oder die Koalitionsaussage zugunsten der FDP zurückzuführen. Die Parteiführung hat nie den Mut aufgebracht, die wahren Gründe zu analysieren. Nach meiner Überzeugung lag der Absturz in den letzten vier Wochen an Kommunikationsfehlern und fehlender Geschlossenheit. Das kann uns wieder passieren.

**Abendblatt:**
*Inwiefern?*
**Schlarmann:**
Frau Merkel ist eine Einzelkämpferin. Es ist ihr nicht gelungen, außerhalb ihres unmittelbaren Umfelds Teamgeist zu schaffen.

**Abendblatt:**
*Welche Folgen hätte eine Fortsetzung der großen Koalition über 2009 hinaus?*
**Schlarmann:**
Das würde die Union als Volkspartei gefährden. Vier weitere Jahre den eigenen Markenkern zu verletzen würden CDU und CSU nicht aushalten.

***Erschienen am 3. Februar 2009, Gesprächspartner: Jochen Gaugele***

## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

### Ludwig Erhard – who?

„Warum pumpen wir soviel Steuergeld in Firmen und Banken, die sowieso nicht zu retten sind? Warum lassen wir den Dingen nicht einfach ihren Lauf? Warum bringen wir Geld auf für Menschen, die nichts zu leisten bereit sind – nicht für sich selbst, nicht für ihre Familie, nicht für ihr Land? So werden sie nie lernen, für sich selbst zu sorgen. Zusätzlich nimmt man nicht nur ihnen jeglichen Anreiz, sondern den anderen auch noch ihren Willen zur Leistung."

Die 40-jährige Amerikanerin mexikanischer Abstammung, die ich in Florida treffe, stellt nicht nur die richtigen Fragen, sondern hat auch obendrein noch die richtigen Antworten parat. Marktwirtschaft? Ludwig Erhard – who? Spielt er Fußball, kann er boxen, eine Seifenoper, die ich nicht kenne?

Nein, Ludwig Erhard kennt sie wirklich nicht und lesen ist nicht gerade ihr Ding, aber sie weiß, wo's lang geht. Obama hat sie nicht gewählt, weil er ihr nicht christlich genug war. McCain und Sarah Palin waren im US-Wahlkampf ihre Leitbilder. Von Wirtschaft versteht die Mutter von fünf Töchtern, die sich als Tagesmutter ein karges Zubrot verdient, eher wenig. Ihr Mann arbeitet tagsüber für die Regierung und abends und am Wochenende als Verkäufer in einem Laden für Autozubehör. Ihr ehrgeiziges Ziel in einem bescheidenen Zuhause: Unsere Kinder sollen es einmal besser haben. Jede freie Minute verbringen sie in der Kirche. Sie spenden viel, engagieren sich für die Gemeinde und in der Schule ihrer Kinder. Sie betreuen alte Menschen, besuchen Kranke und backen Kuchen für den Wohltätigkeitsbasar.

„Wer nicht sät, soll auch nicht ernten," sagen sie, das steht in der Bibel. Und ihr klarer Menschenverstand sagt ihnen, dass man das, was man ausgeben möchte, sich zunächst einmal verdienen muss. Das erwarten sie auch vom Staat, als dessen Teil sie sich fühlen. Obama halten sie für einen Irrtum der Geschichte eines Landes, in dem stets Zupacken und Leistung belohnt wurde und nicht Drückebergerei und der Ruf nach dem Staat.

Die 40-jährige hat daraus für sich eine Konsequenz gezogen: Sie will sich fortan politisch engagieren, um diese Zustände zu ändern. Sie meint es nicht nur ernst, sie wird es auch schaffen. Denn im Gegensatz zu manchen ihrer Mitbewerber kennt sie zwar nicht Keynes, von Mises oder Ludwig Erhard, dafür aber das Leben.

Günter F. Kohl
Chefredakteur
MittelstandsMagazin

## Mit den Mini-Notebooks können Sie Ihr Büro überallhin mitnehmen. Und auch jederzeit zuklappen.

Mit den neuen kompakten Mini-Notebooks bietet Ihnen T-Mobile die optimale Lösung für den modernen Business-Alltag. Klein, handlich und leicht ermöglichen sie Ihnen, mit modernster Technik auch unterwegs mit Ihrem Geschäft in Verbindung zu bleiben. Durch die schnelle, mobile Internetanbindung haben Sie Zugriff auf Ihre E-Mails, Kalender und weitere geschäftliche Anwendungen. Mit den Mini-Notebooks genießen Sie so die Freiheit, jeden Ort der Welt zu Ihrem Büro zu machen.

Erleben, was verbindet.

T · Mobile

AUS ANDERER SICHT

# Schwerer Stand beim Mittelstand

Er kam mit Getöse, und so verschwand er auch. Auftritt und Abgang des Michael Glos sind mehr als nur ein Schlaglicht auf den inneren Zustand der CSU. Die politische Randexistenz des Wirtschaftsministers in den vergangenen Jahren zeigt auch den Stellenwert, den Marktwirtschaft und Ordnungspolitik derzeit haben – innerhalb und außerhalb der Regierung.

Die Finanzkrise überlagert alles; Banken und Großunternehmen stehen im Vordergrund. Das Schicksal von Kleineren spielt kaum eine Rolle. Dabei sind es die Mittelständler, die ihre Arbeitskräfte so lange wie möglich halten – aus Fürsorgegefühl, aber auch, weil sie unter Umständen später gute Leute gar nicht wiederbekommen. Gerade in der Krise gibt es eine strukturelle Benachteiligung kleinerer Firmen. Während Großunternehmen von Banken über Opel bis zu Schaeffler/Conti sich laut weinend an den Staat wenden, kann sich der Mittelständler mit seinen Problemen nicht einmal zu Wort melden. Das Familienunternehmen, das sich öffentlich über Finanzierungsschwierigkeiten durch die Banken beklagen würde, könnte am nächsten Tag zumachen.

Die Zahl der öffentlich wirksamen Kämpfer für den Mittelstand wird immer kleiner. Der zurückgetretene Wirtschaftsminister Glos drang mit seinen Positionen zwar öffentlich durch, nicht aber innerhalb der Union, schon gar nicht innerhalb der Koalition. Hörbar sind derzeit nur noch Josef Schlarmann, der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, bisweilen sein Stellvertreter Hans Michelbach (Bundestagsabgeordneter der CSU) sowie Michael Fuchs, der Chef des Parlamentskreises Mittelstand, des parlamentarischen Arms der MIT.

Fuchs und Schlarmann sprechen zwar deutliche Worte. Aber Schlarmann steht im Bundesvorstand der CDU meist allein, weil die meisten anderen den Unmut der Chefin fürchten. Durchsetzen kann er daher dort wenig. Schlarmann besetzt eine Lücke, die die Parteiführung lässt. Es gibt derzeit niemanden, der für die Gesamtpartei spricht, weil die Vorsitzende sich als Kanzlerin einer großen Koalition zurückhält, der Generalsekretär nicht einmal den politischen Gegner angreift und der Fraktionsvorsitzende sich darauf beschränkt, die Macht im Bundestag zu organisieren. Für die Union sprechen die Ministerpräsidenten mit widerstreitenden Vorstellungen und Interessen sowie die Chefs der Vereinigungen. Vielstimmigkeit statt klarer Linie ist programmiert.

**Henning Krumrey**
FOCUS-Parlamentsredaktion in Berlin, in Kürze stellvertretender Chefredakteur der Wirtschaftswoche

Fuchs und der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) mit seinen 134 Mitgliedern könnten zwar Entscheidungen erzwingen, weil sie die Mehrheit der Koalition gefährden könnten. Das tun sie aber nicht – weil man die eigene Fraktion nicht bloßstellen will, es sich nicht mit Merkel und Kauder verscherzen will, ein Konjunkturpaket nicht einfach aufhalten kann. Am Ende stimmen zwei oder drei Handvoll Mittelständler gegen unsinnige Gesetze wie Mindestlöhne oder Erbschaftsteuer, aber das spielt letztlich keine Rolle und wirkt eher wie ein Alibi.

Da ist es kein Wunder, dass die FDP immer weiter erstarkt. Der Zufluss bei den Liberalen speist sich im Wesentlichen aus zwei Quellen: enttäuschten Unionswählern und ehemaligen Nichtwählern (die aber zum Teil auch wieder enttäuschte Unionswähler früherer Zeiten sind).

Viele Mittelständler wenden sich aus Enttäuschung von der Union ab, weil sie ihre Interessen dort nicht mehr vertreten sehen. Selbst CDU-Mitglieder und ehemalige Wahlkämpfer spenden bisweilen lieber für die Liberalen als für die eigene Partei – und geben ihre Stimme der FDP, die ihr früheres Umfaller-Etikett abgestreift hat. Die CDU stagniert – bestenfalls – bei 34 Prozent.

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hat nach der Hessen-Wahl die Parole ausgegeben, die CDU habe weiterhin gute Chancen auf „40 +x“. Wahrscheinlich hat er die Prozente der FDP dabei schon einfach mitgezählt...

# MIT lehnt Enteignungen ab

**BUNDESVORSTAND FORDERT NACHBESSERUNG DER UNTERNEHMENSTEUER**

Eine echte Stärkung des Mittelstandes statt weiterer Konjunkturpakete hat die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung nach einer Bundesvorstandssitzung in Berlin gefordert. Dabei geht es ihr um eine gezielte Nachbesserung krisenverschärfender Regelungen letzten Unternehmensteuerreform. Konkret will die MIT, dass die Zinsschranke abgeschafft, die steuerliche Verrechnung von Verlusten bei einem Gesellschafterwechsel auch allen privaten Unternehmen gewährt und die Hinzurechnungsvorschriften bei der Gewerbesteuer geändert werden.

Außerdem hat die MIT die Bundesregierung aufgefordert, alles zu tun, um Enteignungen zu vermeiden und unverzüglich eine Einkommensteuerreform anzupacken und im Jahr 2010 umzusetzen. Bürger und Unternehmen hätten einen Anspruch auf eine Korrektur der Steuertarife, zumal Steuersenkungen eine stärkere und vor allem schnellere Breitenwirkung entfalten als staatliche Investitionsprogramme. Schließlich müsse es wieder zu einer Trennung zwischen beitragsfinanzierten Versicherungsleistungen und steuerfinanzierten Sozialleistungen kommen.

## Abwanderung stoppen

Im Anschluss an die Sitzung hob der MIT-Bundesvorsitzende Josef Schlarmann die Geschlossenheit und Kampagnefähigkeit seiner Organisation hervor. Im bürgerlichen und unternehmerischen Mittelstand treffe die MIT auf große Zustimmung und Unterstützung. In Richtung CDU-Parteiführung sprach Schlarmann von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung als den zwei Seiten derselben Medaille. Dies sei ein anderes Verständnis von Volkspartei als der in der öffentlichen Meinung häufig beschriebene Gegensatz von „Marktliberalen und Staats-Interventionisten".

Als unbedingt notwendig erachtet es die MIT, dass die Union sich in den kommenden Wahlkämpfen stärker um die bürgerliche Mittelschicht und die Leistungsträger kümmert. Programmatische Bekenntnisse zur sozialen Marktwirtschaft seien nur glaubwürdig, wenn sie sich im Regierungshandeln widerspiegeln. Es müsse Ziel der Wahlkampfführung der Union sein, sich deutlich nach links von der SPD abzugrenzen und auf der anderen Seite glaubhaft und überzeugend wirtschaftspolitische Themen zu besetzen, um die weitere Abwanderung von Unions-Wählern ins FDP-Lager zu stoppen. In der CDU-Führung müsse der Wille erkennbar werden, nach der Bundestagswahl im September eine bürgerliche Regierung mit der FDP auch wirklich zu bilden. Das Offenhalten einer Option zur Weiterführung der großen Koalition lehnt die MIT ab.

*G.K.*

**MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann** fordert von der Union wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung


Nehmen Sie Ihr Büro einfach mit:
mit dem HP Mini 702.

- 10"-Display mit 1.024 x 600 Pixeln
- Komfortable QWERTZ-Tastatur
- Perfekte Netzqualität

Nur 69,95 €* im Tarif web'n'walk Connect L

Mehr Informationen unter der T-Mobile Kurzwahl 2828, im Telekom Shop, beim Telekom Partner Business oder unter www.t-mobile.de/business

T-Mobile

*Angebot gilt bei Abschluss eines 24-Monats-Vertrages im Tarif web'n'walk Connect L mit einem monatlichen Grundpreis von 39,95 € brutto. Gilt nur im Inland mit unbegrenztem Nutzungsvolumen für paketvermittelten Datenverkehr im Mobilfunknetz von T-Mobile. Ab einem Datenvolumen von 5 GByte pro Monat wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf maximal 64 kbit/s (Download) und 16 kbit/s (Upload) beschränkt. Die Nutzung von VoIP, Instant Messaging und Peer-to-Peer-Verkehren ist ausgeschlossen. Die Flatrate kann nicht für W-LAN und nicht für Verkehre über den BlackBerry®-APN genutzt werden. Nicht in Verbindung mit MultiSIM buchbar. Eine Weiterveräußerung sowie unentgeltliche Überlassung des Dienstes an Dritte sind unzulässig. T-Mobile behält sich vor, nach 24 Uhr jeweils eine automatische Trennung der Verbindung durchzuführen. Das Angebot ist befristet buchbar bis zum 30.06.2009.

ALTERSVORSORGE

# Inflation und demografische Entwicklung werden unterschätzt

**Länger leben, gesund bleiben und wirtschaftlich abgesichert im Alter: Wer hat diese Wünsche nicht? Vor allem für die wirtschaftliche Absicherung wenden zu viele Bundesbürger noch zu wenig auf.**

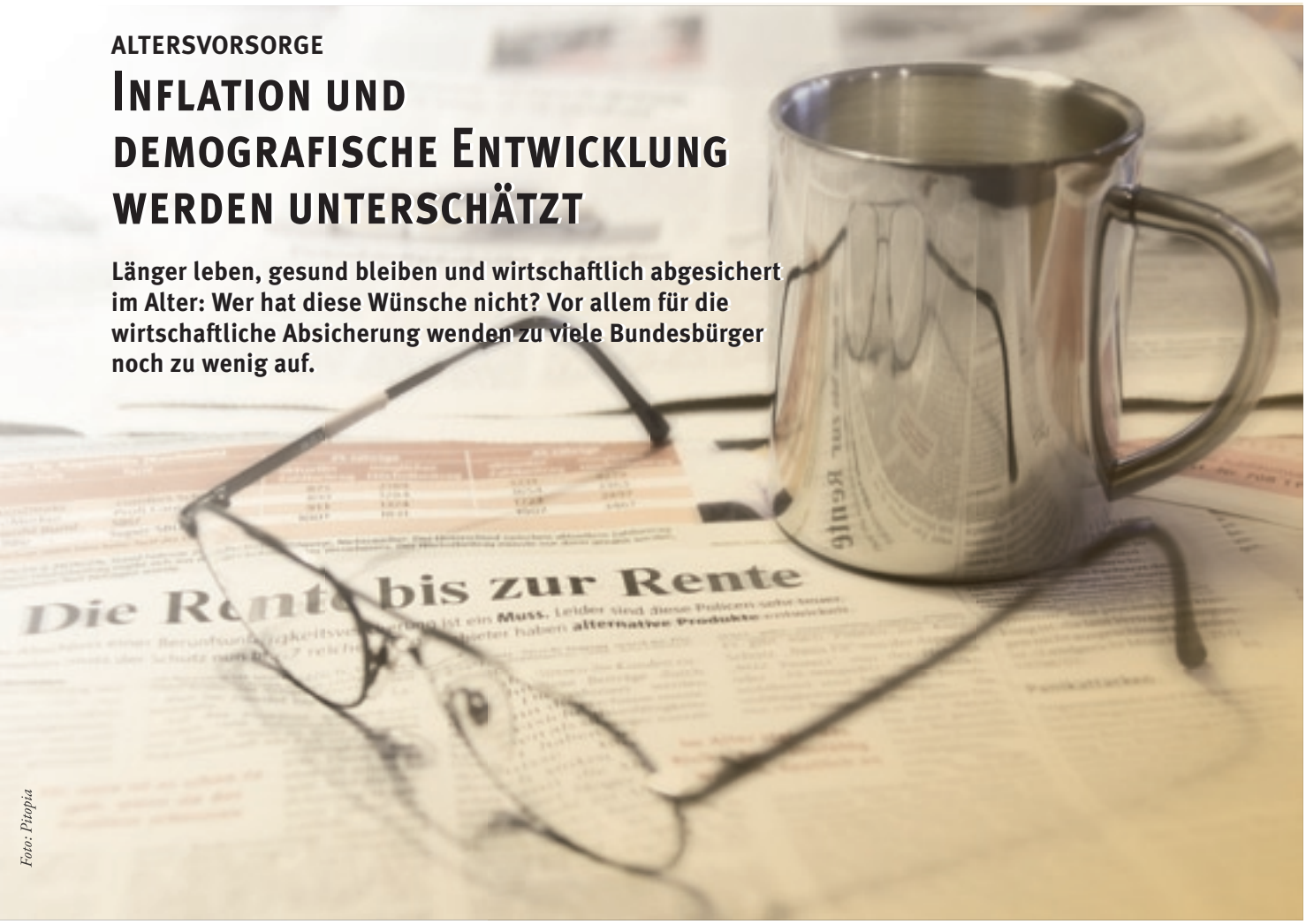



Foto: Pixpia

**Einen Königsweg für die Altersvorsorge gibt es nicht.** Alles hängt vom Einzelfall ab.

**„Der Königsweg für die Altersvorsorge existiert nicht", behauptet Andreas Gernt, Finanzexperte der Verbraucherzentrale Niedersachsen. Es hänge immer vom Einzelfall ab, welche Produkte empfehlenswert sind. Und mit dieser Entscheidung wird der Bundesbürger durchweg alleingelassen.**

Zwar hat sich bei knapp 90 Prozent des repräsentativen Durchschnitts der arbeitenden Bevölkerung die Erkenntnis durchgesetzt, dass sie selbst für die Sicherung des Lebensstandards im Alter verantwortlich ist und auch privat vorsorgen muss, doch zwischen der realisierten Eigenverantwortung und deren praktischen Umsetzung klafft eine riesige Lücke.

## Komplizierte Produkte überfordern die Menschen

In den reichlich vorhandenen Studien fühlt sich ein Großteil der Befragten regelmäßig von den komplizierten Produkten zur Altersvorsorge überfordert. Hinzu kommen enorme Zweifel an der Verlässlichkeit der politischen Zusagen. So ergab eine Umfrage für die Karstadt-Quelle Versicherungen, dass 86 Prozent der Ansicht sind, die Politik habe Fehler gemacht, für die der Bürger nun bezahlen müsse. Unter den 41- bis 55-Jährigen vertrauen lediglich noch 15 Prozent den jeweils Regierenden. Und 56 Prozent der Befragten gaben an, sie würden mehr in die private Vorsorge investieren, wenn sie den Assekuranzunternehmen mehr Glauben schenken könnten. Gerade die jüngere Vergangenheit lehrt, wie stark die Versprechungen der Versicherungsvertreter von den realen Leistungen abweichen. Nicht die mit Überschussbeteiligungen angereicherte Prognose zählt, sondern allenfalls die eher magere Garantie-Rente.

Die Unterschiede sind enorm. So rechnet CosmosDirekt als einer der besten Anbieter einem 25-jährigen Mann vor, dass er für monatliche Einzahlungen von 200 Euro bei Rentenbeginn mit 67 Jahren regelmäßige Zahlungen von 1.280 Euro zu erwarten hat. Lebenslänglich. Garantiert sind gleichwohl lediglich 590 Euro.

## Die Kaufkraft der Rente schrumpft erheblich

Wie viel er sich von diesen Beträgen

in immerhin 42 Jahren tatsächlich kaufen kann, gehört zu den unbekannten Faktoren, über die viel zu selten gesprochen wird. Sonst könnten nicht 54 Prozent der Deutschen glauben, die Inflation spiele bei der Altersvorsorge keine Rolle. Doch selbst die von CosmosDirekt prognostizierten 1.280 Euro haben nach 40 Jahren nur noch eine Kaufkraft von etwa 460 Euro, bei der garantierten Rente wären es lediglich 212 Euro. Dabei wird eine durchschnittliche Preissteigerung von zwei Prozent pro Jahr unterstellt und mögliche steuerliche Belastungen im Jahr 2050 bleiben unberücksichtigt.

### „Werte, die einem niemand nehmen kann"

Angesichts solch deprimierender Vergleichszahlen wird die Unsicherheit gerade bei der jungen Generation verständlich. „2008 ist ein deutlicher Schwenk zu möglichst sicheren Anlageformen zu erkennen", weiß Michael Meyer, Vorstandsmitglied der Postbank. Und: An Attraktivität hätten besonders die eigenen vier Wände gewonnen. Für 65 Prozent der Deutschen sei das selbstgenutzte Haus nämlich die optimale Vorsorge, denn es entspreche dem Wunsch nach Sicherheit durch Werte, „die einem niemand nehmen kann". Zu den Gewinnern dieser Entwicklung gehören die Bausparkassen, die sich über steigende Abschlusszahlen und wachsende Bausparsummen freuen.

### Zusatzrente mit der Rückwärtshypothek

Dieser Trend dürfte sich noch verstärken, wenn ein vom Bundesverband der Öffentlichen Banken Deutschlands (VÖB) vorgestelltes Projekt breite Nachahmung findet. „Die Immobilie wird mobil" lautet das Motto des Altersvorsorge-Modells, das in Großbritannien und in den USA als so genannte umgekehrte Hypothek (Reverse Mortgage) längst üblich ist. Die Idee: Die im

**Komplizierte Produkte überfordern viele Menschen,** deshalb kommt es bei der Geldanlage auf solide und verlässliche Beratung an, wie auch die Finanzkrise wieder einmal gezeigt hat.

delta lloyd

TOP BAV
ÜBER 50 JAHRE ERFAHRUNG

Günter Lehmann, Geschäftsführer der Alde Gott Winzer eG in Sasbachwalden, hat sich für die Unterstützungskasse von Delta Lloyd entschieden.

# Mehr betriebliche Rente mit Delta Lloyd

FÜR MEINE MITARBEITER

Die Lösungen der Delta Lloyd zur betrieblichen Altersvorsorge sind genau das, was ich gesucht habe. Strategisch geplant und konsequent umgesetzt kann ich gemeinsam mit meinen Mitarbeitern Steuern und Sozialabgaben sparen. Diese vom Staat geförderte Vorsorgemöglichkeit hat mich überzeugt und meine Mitarbeiter motiviert.

Sprechen Sie uns an:
0180 202 8 202 444*
firmengeschaeft@deltalloyd.de
www.deltalloyd.de/bAV

* 0,09 Euro pro Minute aus dem dt. Festnetz, ggf. abweichende Preise aus dem Mobilfunk

## DIE RENTE VOM CHEF

„Seit dem Jahr 2001 hat jeder Arbeitnehmer ein gesetzlich verbrieftes Recht auf eine Rente vom Chef", betont Klaus Stiefermann, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft betriebliche Altersversorgung. Was in den großen Konzernen zur Routine der Personalabteilungen gehört, muss in mittelständischen Betrieben keineswegs selbstverständlich sein. Eine repräsentative Umfrage des F.A.Z.-Instituts im Auftrag des Finanzdienstleisters Delta Lloyd schafft Klarheit. Befragt wurden 1.000 Beschäftigte in Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeiter.

**Erste Erkenntnis:**
Fast 80 Prozent der Beschäftigten im Mittelstand verlassen sich nicht allein auf die gesetzliche Rente, sondern haben zusätzlich eine private oder betriebliche Altersvorsorge gewählt. Aber: Nur jedes vierte Kleinunternehmen mit bis zu vier Beschäftigten bietet eine Firmenrente an.

**Zweite Erkenntnis:**
Mit knapp 30 Prozent hat die mit staatlichen Zuschüssen geförderte Riester-Rente den größten Zuspruch. Dicht gefolgt von der Betriebsrente über Entgeltumwandlung. Dabei können Mitarbeiter einen Teil ihres Bruttogehalts direkt anlegen. Steuern und Sozialabgaben auf die Einzahlungen und auf die erwirtschaftete Erträge werden erst später bei der Auszahlung fällig. Das bedeutet zunächst: Bei Beträgen bis zu 2.544 Euro jährlich entfallen rund 20 Prozent Abgaben für Krankenkasse, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie durchschnittlich 30 Prozent Lohnsteuer. Und auch der Chef spart den Arbeitgeberanteil bei den Sozialabgaben.

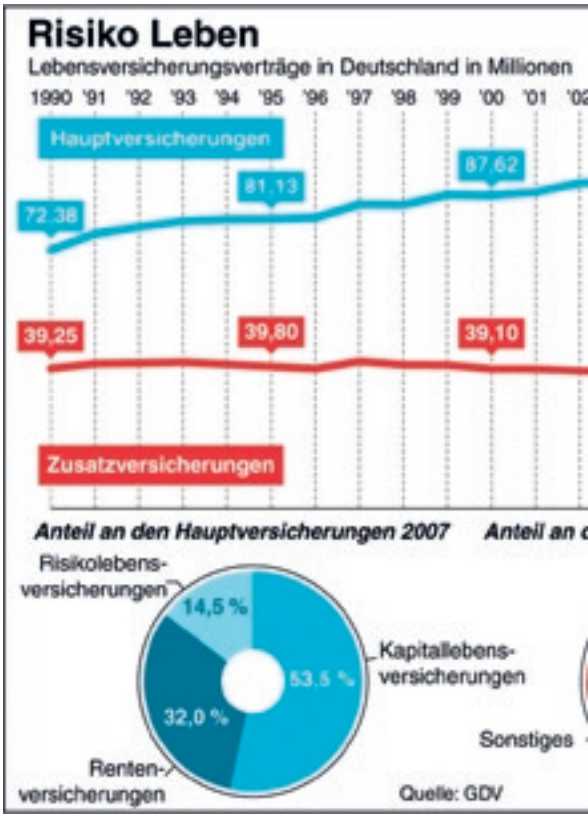
**Dritte Erkenntnis:**
21 Prozent der Belegschaft hatten keine betriebliche Vorsorge für das Alter. Als hauptsächliche Gründe wurden genannt: „fehlendes Geld" (38 Prozent), „bisherige Altersvorsorge reicht" (34 %), „noch nicht damit beschäftigt" (16 %). Aber auch: „Leistungen sind zu gering" (14 %), „Angebote sind unbekannt" (11 %) oder „private Vorsorge ist attraktiver" (9 %).

Relativ selten wurde ein Nachteil der betrieblichen Altersvorsorge erkannt, nämlich „Probleme beim Arbeitgeberwechsel" (4 %). Dabei wird in der Tat die Mitnahme der Anwartschaft auf Betriebsrente nach einer Kündigung oft genug zum Problem, vor allem wenn es sich um eine Gruppenversicherung handelt.

Die Finanzbranche feiert die Riester-Rente zwar als Erfolgsprodukt, und vor allem die Assekuranz hat mit mehr als zehn Millionen abgeschlossenen Verträgen den weitaus größten Anteil daran. Doch inzwischen stellt sich Ernüchterung ein. Seit dem Start der staatlich geförderten Altersvorsorge im Jahr 2001 hat sich jeder zehnte Versicherte entschlossen, seinen Vertrag aufzulösen oder ruhen zu lassen oder er ist zu einem anderen Anbieter gewechselt. „Es gibt inzwischen mehr Produkte auf dem Markt, und die Kunden sind wählerischer geworden", erläutert ein Sprecher des Arbeitsministeriums.

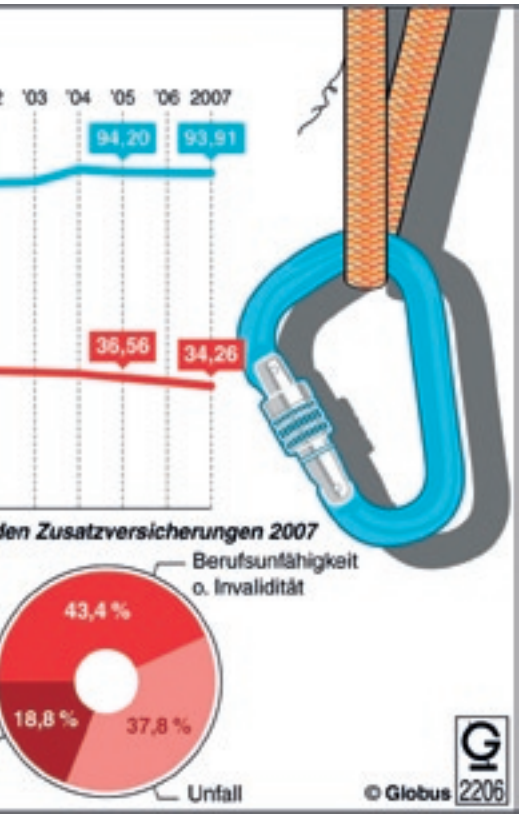
„Wer die perfekte Rentenformel für den Betrieb sucht, muss theoretisch Gesellschafterverhältnisse, Rechtsform, Mitarbeiterzahl, Fluktuation und Tarife bedenken", weiß Bernd Katzenstein, Sprecher des Instituts für Altersvorsorge. Es geht auch einfacher. Praktiker raten vor allem den Inhabern kleiner und mittlerer Unternehmen: Direktversicherungen für einfache Angestellte und Pensionszusagen allenfalls für das Führungspersonal.

Denn: Die Direktversicherung ist der einfachste Weg, die gesetzliche Pflicht abzuwickeln. Über die Firmenkasse wird bis zum Höchstbetrag regelmäßig Geld für eine ganz normale Rentenpolice überwiesen. Der Arbeitgeber kann sich gar nicht oder in beliebiger Höhe daran beteiligen. Soll ein Prokurist oder Abteilungsleiter mehr als die 2.544 Euro betriebliche Vorsorge erhalten, dann kommen Direktzusage und die Unterstützungskasse ins Spiel. Denn nur sie erlauben unbegrenzte Einzahlungen. Zahlt der Arbeitgeber die Beiträge, sind sie oft steuer- und sozialabgabenfrei.




Alter meistens schuldenfreie Immobilie kann neu beliehen und daraus eine Zusatzrente finanziert werden bei lebenslangem Wohnrecht im eigenen Haus oder in der Eigentumswohnung. Das Potenzial für ein solches Produkt ist vorhanden. Immerhin verfügen in der Altersgruppe der 55- bis 69-Jährigen mehr als eine Million Haushalte in Deutschland über ein Netto-Immobilienvermögen von mehr als 100.000 Euro.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein wird die Testphase beginnen, die Förderbanken in Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zeigen sich ebenfalls interessiert. Denn: „Wir wollen älteren Menschen angesichts sinkender Rentenbeträge ein Zusatzeinkommen ermöglichen", begründet VÖB-Direktorin Beate Siewert die Initiative ihres Verbandes und rechnet als Beispiel vor: Ein 70-Jähriger könnte für sein selbstgenutztes Eigenheim im Wert von 200.000 Euro eine monatliche Zusatzrente von 279 Euro bekommen, und die finanzierende Bank würde gleichzeitig ein sogenanntes Garantieentgelt von 147 Euro erhalten. Aber: „Da jede Immobilie hinsichtlich Ausstattung und Lage unterschiedlich ist




und auch das Lebensalter des Eigentümers eine wichtige Rolle spielt, muss jeder Vertrag individuell erarbeitet werden."

Der Verband rechnet mit einer Inanspruchnahme der Förderrente über etwa 20 bis 30 Jahren, garantiert jedoch Zahlungen bis zum 110. Lebensjahr. Wenn die Senioren vorzeitig aus ihrem Haus aus- und zum Beispiel in ein Alters- oder Pflegeheim umziehen, dann wird die Immobilie verkauft und aus dem Erlös die Grundschuld einschließlich der gestundeten Zinsen getilgt. Schlecht für potenzielle Erben. Wollen sie unbedingt „Omas klein Häuschen" übernehmen, müssen sie das Darlehen ablösen.

## Doppelt so viele 100-Jährige

Nicht nur die inflationäre Geldentwertung, auch der demografische Faktor wird von 44 Prozent der Bevölkerung völlig falsch eingeschätzt. „Dass damit ausgerechnet zwei zentrale Aspekte der Altersvorsorge so wenig berücksichtigt werden – nämlich die Kaufkraft von Ruhestandsgeldern und die Länge ihres Bezugs – sollte jeden stark beunruhigen", mahnt Postbank-Vorstand Meyer. Die Zahlen sind eindeutig: 2007 erhielten beispielsweise hierzulande 10.669 über 100-Jährige eine gesetzliche Rente, sechs Jahre zuvor waren es erst halb so viele.

## Immer weniger Junge

Da immer weniger junge Menschen in irgendeiner Form für den Unterhalt der Älteren aufkommen müssen, sind die Auswirkungen auf die Höhe der künftigen Renten programmiert. „Bis Mitte des Jahrhunderts wird die Zahl der über 60-Jährigen um 10 Millionen steigen", prognostiziert Herwig Birg, Professor an der Uni Bielefeld. Gleichzeitig schrumpfe die Generation der 20- bis 60-Jährigen um 16 Millionen.

Damit die gesetzliche Rentenversicherung nicht in absehbarer Zukunft kollabiert, wurde 2002 in die Rentenberechnung der sogenannte Riester-Faktor eingeführt, der jeweils zum 1. Juli die jährliche Erhöhung um 0,6 Prozent reduziert. Auch die zwischenzeitlich verabschiedete Rente mit 67 für alle Jahrgänge, die nach 1963 geboren wurden, bedeutet praktisch eine Rentenkürzung, im Extremfall um 7,2 Prozent. Denn für jeden Monat, den gesetzlich Versicherte früher den Ruhestand beginnen, ist ein Abschlag von 0,3 Prozent fällig.

Zwar können inzwischen immer größere Beträge zur Altersvorsorge in den Steuererklärungen als Sonderausgaben angerechnet werden – ab 2025 sogar 100 Prozent, maximal 20.000 Euro pro Jahr –, doch alle, die sich nach 2040 zur Ruhe setzen, müssen dann die kompletten Rentenzahlungen versteuern.

*hw*

## DIE RENTE FÜR DEN CHEF

Es ist kein Zufall, dass die nach ihrem Initiator benannte Rürup-Rente eher selten nachgefragt wird. Dabei ist sie eigentlich für selbstständige Unternehmer und Freiberufler konzipiert, damit sie weitgehend steuerfrei fürs Alter vorsorgen können. Bislang wurden aber nicht einmal eine Million Verträge abgeschlossen.

Die Zurückhaltung erklärt sich aus der unternehmerischen Mentalität, denn für den Chef stehen Gedeih und Verderb des eigenen Betriebs durchweg im Mittelpunkt seines Denkens. Die Firma soll letztlich auch seinen Ruhestand sichern. Allein der steuerliche Anreiz könnte ihn zum Umdenken bewegen.

Denn: Ein verheirateter Handwerksmeister kann in diesem Jahr bis zu 27.200 Euro als Sonderausgaben in der Steuererklärung verrechnen. Jahr für Jahr steigt der Maximalbetrag um zwei Prozent. 2025 wird dann mit 20.000 Euro für Ledige und 40.000 Euro für Ehepaare die Höchstgrenze der steuerlichen Abzugsmöglichkeit auch für die Folgejahre erreicht.

Um das Anlagespektrum möglichst breit zu streuen, ist eine Garantie auf Kapitalerhalt der eingezahlten Beträge gesetzlich nicht vorgeschrieben. Wer also mehr als 2,25 Prozent Garantiezins bei einer Versicherung erzielen will und deshalb eine fondsgebundene Police oder einen Fondssparplan abschließt, muss in turbulenten Börsenzeiten auch mit Verlusten rechnen. Es sei denn, er wählt ein Produkt mit ausdrücklichem Garantieanspruch.

GmbH-Geschäftsführer oder Inhaber von Kapitalgesellschaften können alternativ per Pensionszusage im eigenen Unternehmen für das Alter vorsorgen. Vorteil: Das angesammelte Kapital ist steuerlich absetzbar, es bleibt im Betrieb, und der Chef kann selbst bestimmen, wie er mit den Rücklagen verfährt. Wenn allerdings das meiste Geld zur Anschaffung neuer Maschinen verwendet wird oder in betrieblich genutzte Immobilien fließt, fehlen zu Beginn des Ruhestands möglicherweise liquide Mittel für die Rentenzahlungen.

# Viel Gesprächsstoff auf der CeBIT, doch Geschäftskontakte sind wichtiger

Foto: Deutsche Messe

**Die IT-Branche stemmt sich gegen den Abschwung:** Der Branchentreff CeBIT vom 3. bis 8. März wird zeigen, wie gut sie gerüstet ist.

**Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion und über 80 Prozent der Exporte sind vom Einsatz moderner Computertechnik abhängig. Wichtigster Branchentreff ist immer noch die CeBIT (3. - 8. März) in Hannover, wenn auch die Zahlen der Aussteller und der Besucher zurückgegangen sind.**

Der neue Messe-Chef Wolfram von Fritsch hält dagegen: „Das Messegeschäft ist zu sehr auf Quadratmeter und Gesamtbesucherzahlen fixiert. Wichtiger ist die Qualität, also dass die Richtigen auf das Gelände kommen." Die Zahl der erzielten Geschäftskontakte hält er für die entscheidende Maßeinheit.

Da sich die großen Konzerne mit Software-Paketen eingedeckt haben und in aller Regel keine neuen Installationen benötigen, wurde für die IT-Giganten wie SAP, Oracle oder Microsoft nun der Mittelstand als bevorzugte Zielgruppe interessant. Jetzt wird kräftig in den Nischen-Revieren der kleinen ERP-Spezialisten gewildert. Nur die Hälfte der einst 200 Software-Firmen in Deutschland entwickelt noch eigene ERP-Systeme, die anderen arbeiten meistens für die Großen. „Wir liefern erprobte und bewährte Standardfunktionen", heißt es bei SAP, „und unsere Partner ergänzen sie mit eigenen Modulen, die speziell auf die Bedürfnisse einzelner Branchen abgestimmt sind."

Gerade Zulieferfirmen, die zum Beispiel für Autokonzerne oder für überregionale Handelsketten arbeiten, sind gezwungen, sich in die unternehmensübergreifenden Wertschöpfungssysteme einzuklinken. Stephan Ziegler vom Branchenverband Bitkom warnt deshalb: „Unternehmer müssen zunehmend darauf achten, dass die Systeme als offene Architektur konstruiert sind."

## Zwang zum Wechsel

Der Wechsel von dem bislang genutzten ERP-System in eine völlig neue Variante ist nicht nur technisch immer noch problematisch, auch die Kosten bleiben oft wenig kalkulierbar. Da wird Mittelständlern ein günstiges Basismodell offeriert, doch bei der Anpassung stellt sich dann heraus, dass weitere kostspielige Zusatzkomponenten notwendig sind. So nennt SAP „Anfangskosten" von rund 90.000 Euro für zehn Lizenzen einschließlich der Implementierung. Doch

dann kommen laufende Kosten für Wartung und Updates hinzu. Und die steigen von 17 auf 22 Prozent jährlich, gerechnet vom Listenpreis der jeweiligen Lizenz.

### Die neue Alternative
### Mieten statt kaufen: SaaS

Passend zu den konjunkturell schwierigen Zeiten könnte das propagierte Geschäftsmodell SaaS als brauchbare Alternative die teure Umstellung erleichtern. Das Kürzel steht für die englische Bezeichnung „Software as a Service" und meint: Mieten statt kaufen.

Lynn Thorenz, ERP-Expertin beim Marktforscher Pierre Audoin Consultants, erklärt: „SaaS stellt das Geschäftsmodell der Software-Anbieter auf den Kopf. Bisher haben sie durch den Verkauf der Lizenzen schon am Anfang des Projekts sicheren Umsatz gemacht und jährlich an der laufenden Wartung verdient. Beim Mietmodell kommen die Umsätze nun monatlich in kleinen Stücken. Und unzufriedene Kunden können zu einem anderen Anbieter wechseln."

SAP vermietet zum Beispiel seine Programme unter der Bezeichnung „Business by Design" ab 25 Arbeitsplätze und berechnet etwa 3.300 Euro pro Monat. Das sei deutlich weniger, als eine fest angestellte IT-Fachkraft zu beschäftigen, werben die Walldorfer um neue Kunden. Doch Bitkom-Experte Ziegler bremst zu hohe Erwartungen: „Auch bei SaaS ist zu Beginn eine Anpassung nötig. Ob sich das rechnet, hängt von vielen Faktoren ab."

### Schnittstelle zur Datev

Für viel Gesprächsstoff ist auf der Hightech-Messe CeBIT also allemal gesorgt. Und die verbliebenen kleinen ERP-Häuser werden sich an den Diskussionen eifrig beteiligen. Denn für die vielen Mittelständler, die nur eine vergleichsweise simple ERP-Software brauchen, um ihre Buchhaltung perfekt zu organisieren und den Warenbestand zu kontrollieren, reichen die kostengünstigen Systeme Lexware oder Deluxe, wie sie von Fuchs EDV in Hamburg angeboten werden. Wichtig ist allenfalls die Schnittstelle zur Datev, weil nahezu alle Steuerberater diese Software verwenden. *Cw*

## Beachtenswerte Neuheiten in 2009

CeBIT HANNOVER 3.–8.3.2009 cebit.com

Zwar sind die Zeiten vorbei, dass die neuesten Produktentwicklungen zunächst auf der CeBIT in Hannover präsentiert werden, ehe sie in den Handel kommen. Gleichwohl bietet die Messe immer noch einen guten Überblick zum aktuellen Stand in der IT-Branche und was von ihr in näherer Zukunft zu erwarten ist.

### Schneller USB-Anschluss

Weltweit verfügen mehr als sechs Milliarden technische Geräte über einen USB-Anschluss. Mit der von Intel in diesem Jahr eingeführten Version 3.0 lässt sich das Transfertempo auf das Zehnfache erhöhen. Die neuen USB-Stecker passen auch in die bisher genutzten Buchsen.

### Bücher ohne Papier

Während sich die Literaturkritiker noch darüber streiten, ob ein Buch überhaupt digital gelesen werden sollte, haben Sony und der Buchhändler Amazon bereits gehandelt. Beide bringen entsprechende Lesegeräte zu Preisen zwischen 200 und 300 Euro auf den Markt. Je nach Speicherkarte können mehrere Hundert Bücher erfasst werden. Die Texte werden kontrastreich dargestellt. Wie beim Papierbuch erleichtert gedämpftes Umgebungslicht das Lesen. Das „PRS-505" von Sony wiegt 260 Gramm, Amazons „Kindle" ist 40 Gramm schwerer, verfügt aber auch über einen eigenen Mobilfunkempfang.

### Windows 7

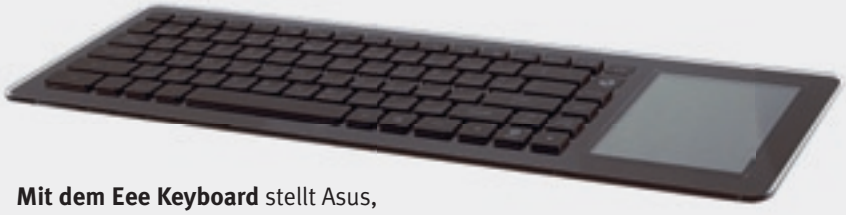
Da vor allem Netbooks mit dem Betriebssystem Vista nicht zurechtkommen, hat Microsoft reagiert und propagiert nun auf der CeBIT die Nachfolger-Version Windows 7. Damit soll es auch leichter sein, alle auf dem Rechner gespeicherten Fotos zu finden.

### 3-D-Drucker

Es gibt sie zwar schon, jene Drucker, die mit Hilfe einer sehr speziellen Software dreidimensionale Gegenstände zunächst auf den Bildschirm zaubern und dann als Modelle anfertigen, doch die Preise sind noch extrem hoch. Mit dem jetzt vorgestellten Mcor Matrix dürften sich die Kosten erheblich reduzieren, denn der neue 3-D-Drucker verwendet für seine Produkte simplen Klebstoff und herkömmliches Papier.

### Kleinere Chips

Alle zwölf Monate entwickeln die Techniker von Intel eine neue Prozessor-Architektur oder eine neue Fertigungstechnik. Spätestens im vierten Quartal 2009 soll die neue Chip-Generation zur Verfügung stehen. Statt bislang 45 Nanometer stehen den Schaltkreisen in Zukunft nur noch 32 Nanometer zur



**Mit dem Eee Keyboard** stellt Asus, Europas Marktführer bei der Herstellung von Netbooks, eine weltweit neue Gerätekategorie vor. Das schlanke Gerät vereint PC, Keyboard und Display in einem. Es dient zudem als kabelloses Abspielgerät für Multimedia.

Verfügung. Die Taktgeber werden also nicht nur kleiner, sondern wegen der kürzeren Wege zwischen den Schaltelementen auch schneller. Außerdem verbrauchen sie weniger Strom. Derweil arbeitet Intel bereits an der übernächsten Generation. Dann sollen die Chips mit 22 Nanometer auskommen und noch schneller arbeiten.

## Mieten im Park

Gerade für kleine Unternehmen dürfte das neue System „Cloud Computing " (Daten liegen nicht mehr physisch auf dem lokalen Rechner, sondern „in einer Wolke") sehr interessant sein. Denn: Umfangreiche Programme müssen künftig nicht mehr auf dem Computer der Nutzer laufen, sondern können je nach Bedarf in einem der großen Server-Parks angefordert werden. Statt zusätzliche Hardware zu kaufen, also einfach Rechner-Kapazität mieten. Amazon bietet Cloud-Computing-Dienste schon an, jetzt folgen Google und Microsoft.

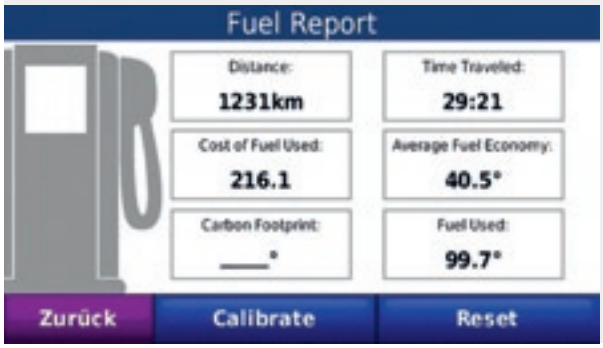
## Fernsteuerung für das Haus

Vom Büro aus per Handy die Heizung im Wohnzimmer anschalten oder am Urlaubsort die heimischen Bewegungsmelder kontrollieren – bislang blieben solche praxisnahen Anwendungen selbst für jene Hausbesitzer reines Wunschdenken, die ihre eigenen vier Wände technisch auf den neuesten Stand gebracht haben. „Bisher gab es keine Lösung, die mit einer großen Zahl von Heimsystemen zusammenarbeitet und sich leicht bedienen lässt", räumt Nokia-Manager Teppo Paavola ein. Deshalb hat das Unternehmen ein Home Control Center entwickelt, das 2009 kommerziell einsatzbereit sein soll. Über ein Smartphone mit einer speziellen Software lassen sich dann Geräte ein- und ausschalten, Kameras und Bewegungssensoren überwachen, Temperatur und Stromverbrauch kontrollieren.

**Das kompakte MB 150 von Hama** arbeitet als Freisprecheinrichtung oder als Stereolautsprecher für Bluetooth-Musikhandys. Man kann es leicht am Hosengürtel, am Rucksack oder am Sicherheitsgurt befestigen.

## Webciety

Eines der großen Themen der CeBIT 2009 heißt „Webciety" und ist eine Wortschöpfung aus den Begriffen „web" und „society". Wie keine Technologie zuvor greift das Internet in alle Lebensbereiche ein, verändert die Spielregeln und verschiebt das Gefüge der Kräfte.




**Neu bei Garmin:** ein kostenloses Software-Update „Eco Navigation". Die Software hilft Autofahrern, Sprit zu sparen und liefert detaillierte Berichte über Verbrauch, $CO_2$-Emissionen und ökonomisches Fahrverhalten.

## Chipkarte schützt vor Kontenhacker

Wie auf jeder großen Messeveranstaltung sind auch auf der CeBit die Banken und Sparkassen vertreten. Sie sorgen dort nicht nur für die Abwicklung dringender Zahlungsverpflichtungen und die Bargeldversorgung der Besucher, sondern sie werben in Hannover auch für eine besondere Chipkarte.

Denn: Immer mehr Menschen nutzen das Internet für Online-Banking. Was für Firmen schon lange selbstverständlich ist, wird laut Verbraucherministerium inzwischen von mehr als zwei Drittel der privaten Haushalte mit Internet-Anschluss praktiziert. Da kann es nicht verwundern, dass Betrüger Monat für Monat mehr als 25.000 Mal versuchen, diese Konten zu knacken. Mit der Absicht, das Geld in die eigenen Taschen zu lenken. Jedes Jahr verschwinden auf diese Weise zig-Millionen in dunklen Kanälen. Einer der Gründe: Das weitgehend angewandte Autorisierungsverfahren mit PIN, TAN, iTAN oder mTAN.

Der beste Schutz vor Kontohackern ist die von den meisten Geldhäusern angebotene Chipkarte, die indes selbst von mittelständischen Firmen selten genutzt wird. Die Experten sprechen vom HBCI-Banking. Das Kürzel steht für „Home Banking Computer Interface". Und das funktioniert so:
Der Kunde ruft sein Bank-Programm am PC auf und füllt beispielsweise ein Überweisungsformular aus. Dann steckt er seine persönliche Chipkarte in das Lesegerät und gibt seine Geheimzahl (PIN) ein. Mit der Karte wird die Zahlung automatisch per digitaler Unterschrift bestätigt. Die Daten werden dann verschlüsselt übers Internet an das Rechenzentrum des Kreditinstituts übertragen. Gleichzeitig werden die übermittelten Informationen überprüft und die digitale Signatur kontrolliert. Erst dann wird das Geld vom Konto abgebucht. Ein Umlenken auf eine gefälschte Website ist damit unmöglich.

*Foto: Deutsche Messe*

Auch in diesem Jahr steht das Thema **“Green IT” wieder im Mittelpunkt der CeBIT.**

# Green-IT bleibt im Fokus

Internationale ICT-Entscheider wünschen sich von Herstellern und Anbietern mehr Informationen rund um das Thema Green IT. Das ergab der aktuelle CeBIT-TrendCheck unter mehr als 8.000 internationalen ICT-Experten. 69 Prozent der Befragten gaben an, die Informationen zum Thema Green IT reichten nicht aus. Nur jeder Fünfte der Befragten fühlt sich umfassend informiert. Um der rasant wachsenden Bedeutung von Green IT ein angemessenes Forum zu geben, weitet die weltgrößte ICT-Messe CeBIT ihr Engagement zur kommenden Veranstaltung deutlich aus.

Die CeBIT 2008 hat das Thema Green IT auf die Agenda der weltweiten ICT-Branche gesetzt und gezeigt, dass die Unternehmen Verantwortung für den Klimaschutz übernommen haben und Lösungen für alle Industriebereiche anbieten.

Auf mehr als 2.500 Quadratmetern wird die Green IT World in der Halle 8 im Herzen des Business-Solutions-Bereichs einer der Höhepunkte des gesamten Ausstellungsgeländes. Neben den Unternehmenspräsentationen sorgen ein Vortrags- und Diskussionsforum sowie ein Kongress für den notwendigen Wissenstransfer.

## MESSEPLATZ DEUTSCHLAND

Der Messeplatz Deutschland ist weltweit die Nr. 1 in der Veranstaltung internationaler Messen. Von den global führenden Messen der einzelnen Branchen finden etwa zwei Drittel in Deutschland statt. Jährlich werden rund 150 internationale Messen und Ausstellungen mit über 160.000 Ausstellern und neun bis zehn Millionen Besuchern durchgeführt. Über die Hälfte der Aussteller kommen aus dem Ausland, ein Drittel davon aus Ländern außerhalb Europas.

Für die Durchführung überregionaler und internationaler Messen stehen auf 23 deutschen Messegeländen rd. 2,76 Mio. qm Hallenfläche zur Verfügung. Vier der fünf größten Messegelände der Welt liegen in Deutschland. Insgesamt geben Aussteller und Besucher für ihr Messe-Engagement in Deutschland pro Jahr rund zehn Milliarden Euro aus. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionseffekte erreichen 23 Mrd. Euro. Rund 250.000 Arbeitsplätze werden durch die Organisation von Messen gesichert.

# T-Mobile und Google: das neue G 1

**Das G 1 von T-Mobile** ist schon vor der CeBIT zum heimlichen Renner avanciert

Schon einen Monat vor der CeBIT war es soweit: T-Mobile stellte das G1 vor. Per Fingertipp auf dem Display können Nutzer schnell und einfach Infos suchen, im Internet surfen oder sich per Google Maps ruckzuck in ihrer Umgebung orientieren. Nach dem erfolgreichen Marktstart des einzigartigen Geräts in den USA und in Großbritannien bringt T-Mobile nun das T-Mobile G1 exklusiv nach Deutschland – und außerdem nach Österreich, Tschechien, Polen und in die Niederlande. Das T-Mobile G1 ist das weltweit erste Mobiltelefon mit dem Betriebssystem Android. Es bietet unter anderem eine intuitiv nutzbare Bedienoberfläche, einen direkten Zugang zur Google-Suche und zu zahlreichen Anwendungen von unabhängigen Anbietern über Android Market.

Hinzu kommen zusätzliche Funktionen für die mobile Nutzung. Das Gerät verfügt über einen eingebauten GPS-Sender, der es dem Nutzer ermöglicht, seinen Standort zu lokalisieren. Weitere Ausstattungsmerkmale des Handys sind HSDPA für mobile Bandbreiten von bis zu 7,2 Mbit/s, WLAN, ein eingebauter Kompass, die fünfzeilige QWERTZ-Tastatur, der Trackball und das große, ausschiebbare Touchscreen-Display mit drei übersichtlichen Startansichten.

„Unser T-Mobile G1 liefert Nutzern ein überragendes mobiles Interneterlebnis", betonte Hamid Akhavan, Vorstandsvorsitzender der T-Mobile International AG. „Wir sind stolz, dieses einzigartige und spannende Gerät unseren Kunden in Kontinentaleuropa anzubieten. Dies markiert einen herausragenden Schritt vorwärts in unserer Innovationsstrategie und wir heben mit dem G1 das offene mobile Interneterlebnis auf ein neues Niveau."

## Nur ein Klick zur Google Welt

In enger Zusammenarbeit haben T-Mobile, Google und der Gerätehersteller HTC im T-Mobile G1 das Betriebssystem Android und Übertragungstechnik für das Highspeed-Netz von T-Mobile integriert. Ein wesentliches Ergebnis ist, dass sich Google-Dienste, die Millionen von Menschen etwa vom Desktop-PC her bestens vertraut sind, jetzt auch unterwegs schnell und bequem nutzen lassen. Das gilt etwa für den Zugriff auf die Google-Suchmaschine – die gewünschten Informations- oder Unterhaltungsseiten finden sich dank automatischer Vervollständigung von Begriffen mit wenigen Eingaben. Der Browser des T-Mobile G1 lädt Internetseiten sehr schnell, denn das Gerät ist ständig mit dem Internet verbunden. Beliebige Ausschnitte von Internetseiten lassen sich einfach durch Berühren des Displays vergrößern. Nutzer können mit zwei Klicks auf den Trackball direkt eine auf einer Webseite angegebene Telefonnummern anrufen; sie können rasch Favoriten anlegen, mehrere Browserfenster parallel offen halten, Seiten und Seitenelemente einfach kopieren und in eine Datei einfügen, einen Link bequem weiterleiten und vieles mehr. Ebenso unkompliziert nutzen T-Mobile G1 Kunden den Navigationsdienst Google Maps. Mit ihm finden sie problemlos ihren aktuellen Standort und erhalten auf Wunsch detaillierte Routenbeschreibungen. Google Maps erlaubt es außerdem, bestimmte Adressen zu finden, etwa die von Hotels, Restaurants oder Kinos.

Das T-Mobile G1 bietet außerdem eine Plattform für die E-Mail-Kommunikation. So werden E-Mails, die über den Service Google Mail hereinkommen, automatisch und direkt auf das Gerät gepusht. Kunden können auch andere E-Mail-Dienste wie POP3 und IMAP mit dem T-Mobile G1 nutzen. Außerdem lassen sich Kontakte und Kalendereinträge automatisch synchronisieren; der Instant Messaging Service von Google Talk steht kostenlos zur Verfügung.

## Android Market

Als erstes Mobiltelefon bietet das T-Mobile G1 Zugang zu Android Market mit bereits heute mehr als 700 Anwendungsprogrammen internationaler Entwickler. Ständig kommen hier neue Dienste und Anwendungen hinzu.
Über wenige Klicks können Kunden Spiele, Services zur sozialen Vernetzung bis hin zum mobilen Shopping herunterladen und so ihr Telefon personalisieren.

## Ab einem Euro

T-Mobile Deutschland bietet Privatkunden das T-Mobile G1 mit 24 Monaten Laufzeitvertrag in den Tarifen Combi Flat XS, S, M und L an. Diese enthalten neben unterschiedlich zugeschnittenen Telefon-Flatrates auch eine Flatrate für die mobile Datenübertragung (Combi Flat S, M und L) beziehungsweise ein Inklusivvolumen (Combi Flat XS mit 200 MB/Monat). In Verbindung mit Combi Flat M und L kostet das G1 jeweils nur einen Euro. Neukunden können das T-Mobile G1 ab sofort mit einem Combi Flat Tarif unter www.t-mobile.de/g1 vorbestellen. Für Geschäftskunden gibt es das T-Mobile G1 mit der Combi Flat Business.

# Wenn sich die Politik zu viel Zeit lässt ...

## STRESS FÜR SOFTWAREHERSTELLER UND PERSONALABTEILUNGEN

Mit Jahresbeginn traten viele gesetzliche Änderungen in Kraft – mit gravierenden Auswirkungen auf die Entgeltabrechnung. Die Neuregelungen bedeuten Stress für Personalabteilungen – und auch für die Hersteller von Software für den kaufmännischen Bereich.

Die Bandbreite dieser Neuregelungen reicht von A wie Abfindung bis Z wie Zusatzversorgung. „Die Softwarehersteller hatten nahezu das doppelte an Programmieraufwand wie im Vorjahr. Und die Entgeltabrechner in den Firmen kämpfen, um den ihnen auferlegten neuen Meldepflichten rechtzeitig nachzukommen, denn die neuen Meldepflichten sind mit zusätzlichem Pflegeaufwand in den Stammdaten verbunden“, erklärt Michael Baur, Produktmanager beim Softwarehersteller Lexware. Das Freiburger Softwarehaus zählt zu Deutschlands führenden Anbietern kaufmännischer Software für Selbstständige, Freiberufler sowie für kleine und mittelständische Unternehmen und hat mit rund 100.000 aktiven Kunden der Entgeltabrechnungssoftware die größte Verbreitung in Deutschland.

### Wenig Zeit zur Umstellung

Baur führt aus: „Für die Softwarehersteller ist in der Regel nicht die reine Menge an Änderungen das Problem bei deren Umsetzung. Im letzten Jahr war es vielmehr der sehr enge Zeitrahmen, der für die Umsetzung zur Verfügung stand“. Einige der Änderungen zum 1. Januar 2009 wurden erst am 19. Dezember im Bundesrat verabschiedet – „das waren ganze sechs Arbeitstage vor Beginn des neuen Jahres“, erklärt Baur die prekäre Situation. „Außerdem wurden viele Details bezüglich der Umsetzung von gesetzlichen Neuerungen von den zuständigen Ministerien und den Sozialversicherungsträgern teilweise erst im Dezember veröffentlicht und in manchen Fällen sogar später nochmals nachgebessert.“

Unter diesen Voraussetzungen ist eine saubere Programmierung kein Kinderspiel und die anschließendenden Testläufe sind zeitaufwändig. „Die Herausforderung für die Softwarehersteller von Entgeltabrechnungssystemen ist und bleibt sehr groß“, fasst Baur zusammen. Außerdem: Neben der rechtzeitigen Umsetzung der Neuregelungen in der Software ist es wichtig, die Anwender beim Umgang mit der Software sowie bei der Umsetzung der neuen Pflichten zu unterstützen. Hierzu bietet Lexware beispielsweise weiterführende Informationen von Experten, zahlreiche Schulungen, Tagungen, eine umfangreiche telefonische Beratung, Hilfestellungen und Beratungsangebote im Internet.

**Michael Baur,** Lexware-Produktmanager, schildert die Nöte eines Programmierers mit politischen Entscheidungen kurz vor dem Jahresende.

### Große Entlastung von Routinearbeiten

In aktueller Entgeltabrechnungssoftware müssen beispielsweise die neuen gesetzlichen Rechengrößen in der Sozialversicherung hinterlegt sein, die eine korrekte Abrechnung gewährleisten. Zu berücksichtigen ist außerdem der einheitliche Beitragssatz für gesetzliche Krankenversicherungen. In der neuen Version von Lexware lohn+gehalt 2009 ist dieser Wert automatisch bei jeder Krankenkasse hinterlegt. Weitere wichtige Neuerungen betreffen das aktuelle Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz – mit Änderungen bei der Insolvenzgeldumlage und im Meldewesen. Der lästige Papierkram reduziert sich wesentlich durch die im Programm integrierte automatische Beitragserhebung für die berufsständischen Versorgungswerke. Das Programm entspricht auch dem neuen Paragrafen zur Elster-Authentifizierungspflicht. Denn ab 2009 dürfen Lohnsteuerbescheinigungen nur noch mit Zertifikat versendet werden. Nutzer der Software können dies online über das Elster-Portal anfordern. Der zertifizierte Datentransfer lässt sich dann mit der Software korrekt und sicher durchführen.

Dem Programmierteam von Lexware wird die Arbeit in nächster Zeit nicht ausgehen, dessen ist sich Baur sicher. „Wir sind gespannt, in welchem Zeitrahmen die Steueränderungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung umgesetzt werden müssen, und wann das Bundesministerium für Finanzen den dafür grundlegenden Programmablaufplan zur Berechnung des Steuertarifes veröffentlicht“, so der Produktmanager. Erst dann können Softwarehersteller den neuen Steuertarif in die Abrechnungsprogramme integrieren – und damit die Firmen ihren Angestellten den vergünstigten Steuerabzug weitergeben.

*Info: www.lexware.de*

Foto: Pitopia

Oftmals erfolgt der Umgang mit Firmendaten allzu unsensibel und sorglos.

## DIE ZEHN HÄUFIGSTEN FEHLER BEIM UMGANG MIT FIRMEN-DATEN

**Eine internationale Studie hat den Umgang mit sensiblen Daten in Unternehmen untersucht. Für diese Sicherheitsstudie des Netzwerkausstatters Cisco wurden weltweit mehr als 2.000 Angestellte und IT-Experten zu ihrem Umgang mit sensiblen Daten befragt. Hintergrund: Mitarbeiter nutzen Firmen-Computer und andere Geräte immer häufiger auch privat. Damit steigt das Risiko, dass wichtige Daten in falsche Hände geraten.**

### 1. Veränderte Sicherheits-Einstellungen

Werden Einstellungen an Arbeitsgeräten wie zum Beispiel Computern geändert, wird der Zugriff auf unerlaubte Webseiten erleichtert.

### 2. Unerlaubte Anwendungen

Die Hälfte aller Datenverluste sind auf den Zugriff auf unerlaubte Applikationen und Websites zurückzuführen – zum Beispiel Musik-Downloads oder Online Shopping.

### 3. Eigenmächtiger Zugriff auf Netzwerke

Werden Netzwerk-Einrichtungen eigenmächtig angetastet, kann es zu Zwischenfällen kommen, die die Sicherheit gefährden.

### 4. Weitergabe vertraulicher Informationen

Geschäftsgeheimnisse werden oft fahrlässig weitergegeben. Zum Beispiel, um Freunden oder Familienmitgliedern von der Arbeit zu erzählen oder sie um Rat zu fragen.

### 5. Weitergabe unternehmenseigener IT

Ebenso sollten Arbeitsgeräte wie PCs oder USB-Sticks nicht mit Außenstehenden geteilt oder an sie weitergegeben werden.

### 6. Private Nutzung von Arbeitsgeräten

Arbeitscomputer werden häufig auch privat genutzt. Durch Aktionen wie Online-Banking, Shopping oder Chats wird die Sicherheit des Computers eingeschränkt.

### 7. Ungeschützte Arbeitsgeräte

Computer und Laptops sollten nachts nicht ungeschützt im Büro bleiben. Ist man nicht ausgeloggt, können zum Beispiel Diebe an geschäftliche Daten kommen.

### 8. Öffentliche Passwörter

Logins oder Passwörter sollten nie auf dem Computer gespeichert werden. Ebenso unsicher sind sie auf einem Zettel, der am PC klebt.

### 9. Verlust tragbarer Speichermedien

Nimmt man etwa USB-Sticks mit Firmendaten mit nach Hause, besteht die Gefahr, diese zu verlieren.

### 10. Öffentlicher Zugang zu Firmenräumen

Unbeaufsichtigte Büroräume sind eine Einladung für Diebe: Firmenfremde könnten geschäftliche Daten einsehen oder stehlen.

## SO FINDEN SIE SICHERE UND PRAKTISCHE PASSWÖRTER:

### 1. Vorsicht

Vergewissern Sie sich, dass Sie alle Schutzmechanismen überhaupt eingeschaltet haben. Zum Beispiel sollten Sie neben der PIN-Abfrage am Handy auch den Passwortschutz des Gerätes selbst nutzen.

### 2. Abwechslung

Wer beim Surfen im Café den gleichen Zugangscode für das Abrufen von E-Mails verwendet wie daheim für das Bankkonto, handelt fahrlässig. Denn Codes werden über Funk meist unverschlüsselt übertragen.

### 3. Codes mit Gefühl

Reine Zahlencodes geraten zu schnell in Vergessenheit. Verknüpfen Sie Zahlen mit emotionalen Ereignissen – nur nicht mit dem Geburtsdatum, das ist schnell zu knacken. Gut sind beispielsweise das Datum Ihres Schulabschlusses oder der letzten Meisterschaft Ihres Lieblingsvereins.

### 4. Passwörter mixen

Sicherer als reine Zahlencodes sind Mischungen mit Buchstaben. Mischen Sie zum Beispiel die letzten vier Zeichen des Geburtsortes Ihres Vaters und das Geburtsdatum Ihrer Mutter – Sie müssen sich nur das System merken.

### 5. Länge hilft

Wenn Sie die Möglichkeit haben, ist es sicherer, ganze Sätze als Passwörter zu nutzen. Sie sollten auch hier einen emotionalen Bezug herstellen, um sich den Satz merken zu können.

### 6. Übung macht den Meister

Nicht alle Codes lassen sich an die eigenen Bedürfnisse anpassen. Manchmal hilft nur Büffeln. Hilfreich ist es, sich die Codes in wachsenden Abständen selbst abzufragen.

*unique relations*

# Die 5 häufigsten Fehler bei Miet- und Pachtverträgen

*Von Rechtsanwalt Wolfgang Nebel, Essen*

Nachlässig verhandelte Miet- und Pachtverträge über Gewerbeimmobilien bergen große Risiken

**In der anwaltlichen Praxis zeigt sich immer wieder, dass beim Abschluss von gewerblichen Mietverträgen regelmäßig die gleichen Fehler begangen werden, die im Einzelfall sehr nachteilige und kostspielige Folgen für den Mieter haben können.**

### Fehler Nummer 1: keine ausreichende Festlegung des Mietobjekts

Oft wird das Mietobjekt im Rahmen des Vertrages nicht genau festgelegt. So finden sich in Mietverträgen vielfach unter der Position „Mietgegenstand" nur Formulierungen wie z.B.: „ein Ladenlokal im Erdgeschoss des Hauses Parkstraße 3 in Frankfurt/Main."

In der Folgezeit entsteht zwischen Vermieter und Mieter jedoch sehr häufig Streit darüber, welche Räume bzw. Flächen im Einzelnen zum Mietgegenstand gehören. Beispielsweise hat der Mieter bei Abschluss des Vertrages stillschweigend unterstellt, dass ein bestimmter Lagerraum selbstverständlich mit zu dem Ladenlokal gehört und deshalb von ihm auch angemietet worden ist, während der Vermieter diesen Raum als nicht zum Mietgegenstand gehörend betrachtet.

Um derartige Probleme von vornherein zu vermeiden, empfiehlt es sich, dem Mietvertrag als Anlage Grundrisspläne beizufügen, in welche das Mietobjekt genau eingezeichnet wird. Spätestens an dieser Stelle zeigt es sich dann, falls Vermieter und Mieter unterschiedliche Auffassungen über die Grenzen bzw. den Umfang des Mietobjektes haben sollten.

In diesen Plänen sind auf jeden Fall auch zum Mietgegenstand gehörende Freiflächen (z.B. Kfz-Stellplätze, Hofbereich usw.) zu markieren . Denn dem Mieter obliegt regelmäßig die sogenannte Verkehrssicherungspflicht für den gesamten Mietgegenstand, d.h., er ist für die Beseitigung von möglichen Gefahrenquellen verantwortlich (z.B. Schnee räumen, die Streupflicht bei Glätte usw.). Eine Verletzung dieser Sicherungspflicht kann Schadensersatzansprüche gegen den Mieter auslösen. Auch unter diesem Aspekt ist es für den Mieter von sehr großer Bedeutung, dass er genau weiß, für welche Flächen er verantwortlich ist.

### Fehler Nummer 2: keine Regelung für Reklameschilder

Der Mieter eines Ladenlokals hat grundsätzlich keinen Anspruch darauf, außerhalb der von ihm angemieteten Räume Werbeschilder, Leuchtreklamen und ähnliches anzubringen. Der Mieter als juristischer Laie setzt dies aber häufig stillschweigend voraus, so dass er bei Vertragsabschluss auf diese Frage gar nicht eingeht.

Tritt der Mieter sodann nach Abschluss des Mietvertrages an den Vermieter heran mit dem Wunsch, an der Außenfassade oder auf dem Dach des Hauses Werbeschilder oder Leuchtreklamen anbringen zu wollen, nutzen Vermieter diese Gelegenheit gerne dazu aus, die entsprechenden Flächen dem Mieter nur gegen Zahlung eines zusätzlichen Entgeltes zur Verfügung zu stellen unter Hinweis darauf, dass diese natürlich nicht zum Mietgegenstand gehörten.

Es ist deshalb unbedingt erforderlich, dass der Mieter im Rahmen der Verhandlungen im Vertrag genau festlegt, an welcher Stelle des Hauses er welche Werbeschilder anbringen möchte, wobei es sich zudem empfiehlt, die geplanten Maßnahmen im Rahmen einer weiteren Anlage zum Vertrag genau zu beschreiben (Abmessungen, farbliche Gestaltung, Stromanschluss usw.).

Nachlässig verhandelte Miet- und Pachtverträge über Gewerbeimmobilien bergen große Risiken

Auch ist im Vertrag klarzustellen, dass dieses Recht des Mieters mit dem Mietzins bereits abgegolten ist, so dass der Vermieter hierfür nachträglich kein zusätzliches Entgelt verlangen kann.

Zudem ist zu beachten, dass für die Anbringung von Werbetafeln regelmäßig behördliche Genehmigungen erforderlich sind. Der Vermieter muss sich daher im Mietvertrag gegenüber dem Mieter verpflichten, bei der Einholung dieser behördlichen Genehmigungen nach besten Kräften mitzuwirken, und in seiner Eigenschaft als Gebäudeeigentümer alle erforderlichen Erklärungen gegenüber der Behörde abzugeben.

### Fehler Nummer 3: fehlende Regelung betreffend behördliche Auflagen

Für die Führung eines Gewerbebetriebes ist regelmäßig die Erteilung einer Konzession. Ist dies nicht der Fall, erteilt die Behörde die notwendige Konzession nur dann, wenn behördlichen Konzession erforderlich. Im Rahmen einer solchen Konzessionserteilung prüft die zuständige Behörde sehr genau, ob die Gewerberäume in baulicher und technischer Hinsicht vollständig den gesetzlichen Vorschriften entsprechen (insbesondere bei Gaststätten, Lebensmittelläden, Bäckereien usw.).

Ist dies nicht der Fall, erteilt die Behörde die notwendigen Konzessionen nur dann, wenn die notwendigen Nach- bzw. Umrüstungen vorgenommen werden, womit meistens beträchtliche Kosten verbunden sind. Die gleiche Problematik stellt sich auch , wenn während der Laufzeit des Mietvertrages eine Behörde nachträgliche Auflagen erlässt; hier ist z.B. an die Nachrüstung mit Feuerschutztüren, die Installation neuer Elektroverkabelungen oder ähnliches zu denken.

Unter diesem Aspekt ist deshalb unbedingt im Mietvertrag zu regeln, welche Vertragspartei für die Erfüllung eventueller behördlicher Auflagen verantwortlich ist und die damit verbundenen Kosten trägt.

In Gewerbemietverträgen ist insoweit häufig die Formulierung zu finden, wonach der Mieter die Mieträume im aktuellen Zustand zur Verfügung stellt und gleichzeitig seine Verantwortung dahingehend ausschließt, dass in den Räumen auch der vom Mieter vorgesehene Betrieb tatsächlich geführt werden kann. In einem solchen Fall bleibt dem Mieter dann nichts anderes übrig, als selbst die erforderlichen Arbeiten auf eigene Kosten durchzuführen. Denn anderenfalls „sitzt“ er auf einem Mietobjekt, das er für seine Zwecke gar nicht nutzen kann.

Deshalb sollte vereinbart werden, dass die Verantwortlichkeit für die Erfüllung behördlicher Auflagen vertraglich dem Vermieter zugeordnet wird.

### Fehler Nummer 4: Verteilung der Instandhaltungsverpflichtungen

In vielen Gewerbemietverträgen findet sich unter der Position „Instandhaltung“ sehr oft die Regelung, dass der Vermieter für “Dach und Fach“ zuständig ist, während der Mieter sich um den Rest kümmern muss.

Häufig wissen sowohl Vermieter als auch Mieter nicht genau, was sich konkret hinter dem Begriff „Dach und Fach“ verbirgt und haben insoweit völlig falsche Vorstellungen.

Bei „Dach und Fach“ handelt es sich nicht um einen gesetzlich definierten Begriff, sondern um eine feststehende Formulierung im Mietrecht, die sich über die Jahre hin entwickelt hat. Darunter zu verstehen ist die sogenannte Außenhaut eines Gebäudes (Dachflächen und Fassade einschließlich der Außenseite der Fenster und der Eingangstür) sowie die tragenden Teile eines Gebäudes (z.B. Pfeiler, Träger usw.).

Daraus folgt, dass der Mieter somit im Übrigen die Verantwortlichkeit für das gesamte „Innenleben“ des Gebäudes bzw. des Mietgegenstandes (wie z.B. die Versorgungsleitungen, technische Installationen usw.) hat.

Aus Sicht des Mieters ist unbedingt darauf zu achten, dass ihm nur die sogenannten „Schönheitsreparaturen“ (wie z.B. Ausbesserungen, Anstricharbeiten usw.) obliegen, während die gesamte sonstige Instandhaltungsverpflichtung in den Verantwortungsbereich des Vermieters fällt.

### Fehler Nummer 5: Verteilung der Betriebskosten

In der anwaltlichen Praxis ist wiederholt festzustellen, dass bei gewerblichen Mietern die Auffassung besteht, sie müssten die (anteiligen) Kosten der Grundsteuer und der Gebäudeversicherung tragen. Dabei kann es sich je nach Größe und Beschaffenheit der Immobilie, in welcher sich das Mietobjekt befindet, um sehr hohe Beträge handeln.

In diesem Zusammenhang ist aber klar festzuhalten, dass es keinerlei gesetzliche oder sonstige Verpflichtung des Mieters gibt, diese Kostenpositionen im wirtschaftlichen Ergebnis zu tragen. Vielmehr ist bei Abschluss des Mietvertrages zwischen den Parteien frei verhandelbar, welche einzelnen Betriebskosten jeweils vom Vermieter bzw. Mieter zu übernehmen sind.

In Anbetracht des Umstandes, dass zur Zeit ein Überangebot an Gewerbeobjekten besteht, sind Vermieter im Rahmen der Vertragsverhandlungen deshalb sehr oft zu entsprechenden Zugeständnissen gegenüber dem Mieter bereit.

Zusammenfassend ist somit festzuhalten, dass gewerbliche Mieter größtenteils beim Abschluss des Mietvertrages viel zu „nachlässig“ sind. Da Gewerbemietverträge häufig lange Laufzeiten haben, können sich aus einem schlecht verhandelten Mietvertrag erhebliche und regelmäßig nicht eingeplante Kostenbelastungen für den Mieter ergeben, die sich aber durchaus vermeiden lassen.

*Der Autor ist Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.*

# Sanfter Übergang mit Perspektive

## TRADITIONSUNTERNEHMEN GEHT IN EINE SICHERE ZUKUNFT

Die Übernahme des Straßdorfer Traditionsunternehmens Hettich und Kohnle Werkzeugbau durch den schwäbischen Unternehmensberater und Geschäftsführer der TRIMAG GmbH, Siegmar Kühn aus Nersingen im Landkreis Neu Ulm, gilt als Beispiel für eine gelungene und harmonische Nachfolgeregelung.

„Sämtliche Beschäftigungsverhältnisse bleiben nach der Übernahme durch die TRIMAG GmbH bestehen", erklärte Kühn. Auch die durch Gerhard Kohnle gepflegte langjährige hohe Ausbildungskultur werde fortgesetzt. In den vergangenen 40 Jahren hat es bei Hettich und Kohnle rund 60 Auszubildende gegeben, von denen die Hälfte sogar heute noch im Unternehmen beschäftigt ist.

Bis 1975 führten die beiden Gründer Gerhard Kohnle und Emil Hettich das Unternehmen gemeinsam. Seitdem leitete Kohnle den Betrieb zusammen mit seiner Frau. Nach dem Verkauf an die TRIMAG Gruppe ging der Firmensenior in den verdienten Ruhestand.

**Siegmar Kühn** (links), schwäbisch-bayerischer Unternehmer und Mittelstandspolitiker, übernahm von **Gerhard Kohnle** ein Traditionsunternehmen aus der Automobilzuliefererindustrie.

### Investitionen in die Zukunft

Hergestellt werden Folgeverbundwerkzeuge, Stufenwerkzeuge, Abgratwerkzeuge, Einzelwerkzeuge zur Blechumformung sowie Werkzeuge mit Gewindeschneideinheiten, Nietmuttern und Stanzmuttereinheiten. Diese Werkzeuge werden jeweils in Einzelherstellung gefertigt. Durch die neue Geschäftsführung wurden wesentliche Fortführungs- und Ergänzungsmaßnahmen zu laufenden Investitionsprojekten eingeleitet:

1. Ausbau zur laufenden EDV-Erweiterung im Konstruktionsbereich
2. Vernetzung von H+K Hettich & Kohnle Werkzeugbau GmbH mit Hochschulen im Rahmen des TRIMAG – Wissensmanagements zur Mitarbeiterweiterbildung
3. Implementierung eines hauseigenen FMEA-Systems zur Konstruktionsunterstützung
4. Implementierung eines Total-Quality-Management-Konzeptes in Verbindung mit Investitionen in Ausrüstung

H+K Hettich & Kohnle ist ein typisches Familienunternehmen, in dem Inhaber und die rund 50 Mitarbeiter gemeinsam „schaffen". Die meisten Mitarbeiter kommen aus der näheren Nachbarschaft und wurden bereits im Unternehmen ausgebildet. H+K hat einen festen Kundenstamm mit z.T. namhaften Industrieunternehmen, vor allem in der Kfz- und Kfz-Zuliefererbranche. Ein großer Teil der Kundenbeziehungen ist über die Jahre gewachsen, so dass ein langjähriges Vertrauensverhältnis zu den Kunden und Lieferanten besteht. Aus diesem Grund erfolgt die Akquise neuer Kunden in der Regel auch über Empfehlungen.

H+K Hettich & Kohnle ist tief in der Region verwurzelt, war aber auch immer überregional und international tätig. H+K Hettich & Kohnle war insbesondere schon vor der Wende in der früheren DDR tätig. Einige Geschäftsbeziehungen aus dieser Zeit bestehen bis heute weiter.

### Erfolgreicher Entwickler

Der schwäbische Unternehmer Kühn legte wert darauf, dass er kein anonymer Kapitalinvestor, sondern ein mittelständischer Gesellschafter sei. „Ich vertraue auch in der jetzigen Finanzkrise auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und insbesondere des Mittelstands", so Kühn, der sich auch ehrenamtlich für den Mittelstand engagiert. Kühn ist u.a. Mitglied im Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Die Motivation für seine Investitionen sei die Freude am Umgang mit fortschrittlicher Technik und engagierten Menschen zur Herstellung leistungsfähiger und attraktiver Produkte. Kühn ist Insidern auch als erfolgreicher Entwickler von mittelständischen Produktionsunternehmen bekannt. In 20 Jahren hat er so als Berater und Unternehmer über 1.600 Arbeitsplätze sukzessive stabilisiert, z.T. saniert bzw. über eigene Gründungen geschaffen.

## POLITIK. Es geht auch mit Humor.

### Ein starkes Signal

*(Quelle: Deutscher Bundestag, 3. Sitzung, Berlin, Dienstag, den 22. November 2005)*

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**
Liebe Frau Dr. Merkel, Sie sind damit die erste demokratisch gewählte Regierungschefin in Deutschland. Das ist ein starkes Signal für viele Frauen und für manche Männer sicherlich auch.
(Heiterkeit)

### Parlamentarische Belehrung

*Deutscher Bundestag, 7. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 14. Dezember 2005*

**Gerd Andres,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:
Herr Präsident, darf ich vielleicht noch darauf hinweisen und Ihrem wohlgefälligen Ohr mitteilen, dass Zusatzfragen, die gestellt werden, etwas mit der ursprünglich gestellten Frage zu tun haben sollten und nicht mit einem Thema, das einem gerade einfällt.
(Beifall bei Abgeordneten der FDP)
**Präsident Dr. Norbert Lammert:**
Herr Staatssekretär, ich empfehle Ihnen, da nicht in eine Diskussion mit dem Präsidenten einzutreten, weil ich sonst der Vollständigkeit halber darauf hinweisen müsste, dass auch die Antworten der Bundesregierung sich in der Nähe der Fragen bewegen sollten.
(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gerd Andres, Parl. Staatssekretär: Hatten Sie irgendetwas zu kritisieren, Herr Präsident?)

### Es wird auch schon mal vandaliert

*Deutscher Bundestag, 13. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 25. Januar 2006*

**Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU):
Wir waren im Wahlkampf so ehrlich, etwas zu sagen, was die Menschen nicht erfreut hat. Ich glaube, das ist die richtige Politik: Wir müssen aufzeigen, was getan werden muss.
(Abg. Otto Fricke [FDP] stößt gegen die Verblendung seines Sitzplatzes, die daraufhin zu Boden fällt) – Sehen Sie, da bricht die FDP schon zusammen. –
(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Uwe Küster [SPD]: Und nur ein Loch bleibt übrig!)

# RECHT IM GESPRÄCH

**Wolf-Dietrich Bartsch,**
Rechtsanwalt und Notar,
stellt sich den Fragen unserer Leser

*Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.*

*Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten.*

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

**Viele Kfz-Reparaturbetriebe oder auch Autovermietungen haben immer wieder Ärger, wenn es um die Bezahlung der Mietwagenkosten nach einem Verkehrsunfall geht. Zwar erhalten die Betriebe ihr Geld von dem Unfallgeschädigten. Der bekommt aber nicht selten Probleme mit der Haftpflichtversicherung des Unfallverursachers und meldet sich dann verärgert bei seinem Kfz-Vermieter. Unser Mitglied Georg F. aus Nordrhein-Westfalen fragt nach der einschlägigen Rechtsprechung.**

Grundsätzlich kann das Unfallopfer für die Zeit der Reparatur oder die Zeit, die zur Neuanschaffung benötigt wird, einen Mietwagen nehmen. Dies hat bei den Autovermietern zur Einführung der so genannten Unfallersatztarife geführt. Der Bundesgerichtshof erkennt solche Tarife aber nicht pauschal an. In einem Urteil aus dem Sommer letzten Jahres hat er seine Grundsätze noch einmal deutlich gemacht (Az.: VI ZR 234/07):

Der Unfallgeschädigte darf nur den Ersatz derjenigen Mietwagenkosten verlangen, die ein „verständiger, wirtschaftlich denkender Mensch in der Lage des Geschädigten für zweckmäßig und notwendig halten darf". Der BGH hat das weiter konkretisiert: Der Geschädigte kann von mehreren „auf dem örtlich relevanten Markt – nicht nur für Unfallgeschädigte – erhältlichen Tarifen ... grundsätzlich nur den günstigeren Mietpreis" verlangen. Ein Aufschlag ist nur gerechtfertigt, wenn er auf „spezifischen Leistungen bei der Vermietung an Unfallgeschädigte" beruht.

Praxistipp: Unfallgeschädigte sollten sich bei den Vermietern und der Werkstatt ihres Vertrauens genau informieren und bei Zweifeln sich die Kostenübernahme von der gegnerischen Haftpflichtversicherung vor Anmietung bestätigen lassen. Hier sollte frühzeitig ein Rechtsanwalt hinzugezogen werden. Und auch die Vermietstationen sollten bei Vertragsabschluss mit „offenen Karten" spielen, damit die Kundenzufriedenheit nicht auf der Strecke bleibt.

**Ein ganz anderes Problem beschäftigt unsere Leserin Margret J. aus Hessen, die einen Betrieb in der Baubranche führt. Einer ihrer Mitbewerber, wirbt mit einer Gewährleistung, die weit über die normalen Fristen hinausgeht. Nun möchte Sie wissen, ob das zulässig ist.**

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass natürlich der Einzelfall genau zu betrachten ist, was von uns nicht geleistet werden kann. Ein örtlicher Rechtsanwalt, der sich auf das Wettbewerbsrecht spezialisiert hat, sollte zu Rate gezogen werden.

Grundsätzlich ist es aber so, dass § 202 Absatz 2 BGB es nicht gestattet, die Verjährungsfrist auf über 30 Jahre zu verlängern. Dies gilt aber natürlich nur für Ansprüche, die der Verjährung unterliegen. Meint eine Firma, dass ihre Produkte länger „leben", so können sie mit ihren Kunden einen Garantievertrag abschließen, der dann nicht der Verjährung unterliegt. Die Rechtsprechung sieht in einem Garantievertrag ein Dauerschuldverhältnis. Und das ist unverjährbar.

Der BGH hat sich insoweit auch klar positioniert: Eine langjährige Garantieübernahme ist in der Regel nicht zu beanstanden, wenn sich diese Garantie auf die Haltbarkeit eines Produkts oder Materials bezieht, das bei normaler Abnutzung eine entsprechend lange Lebensdauer besitzt.

**Schreiben Sie uns: E-Mail: rechtsfragen@mitmagazin.com**

## ERHARD-ZITATE

Je mehr wir es dahin bringen, dass sich die Menschen als Individuen fühlen und sich gerade in der persönlichen Freiheit ihrer Kraft und Würde bewusst werden, umso besser und wohltätiger wird die gesamte gesellschaftliche Ordnung sein. Diese wird von viel höherer sittlicher Qualität sein als eine Gesellschaft, die immer neuer Organisationen und Institutionen bedarf, um das Chaos einer aus ihren inneren Zusammenhängen gerissenen Wirtschaft zu bändigen.

*

Ich glaube die beste Sicherheit ist die, wenn der einzelne Mensch wieder zu dem Bewusstsein und zu der Gewissheit gelangt, dass er auf Grund seiner Arbeit sein Schicksal selbst gestalten kann.

*

Mir persönlich möchte scheinen, dass hinter all den aufgeführten und anderen nicht minder wichtigen Aufgaben und Maßnahmen als Ziel einer weitschauenden Politik der Wille stehen muss, in zunehmendem Maße dem deutschen Menschen wieder die Möglichkeit zu eröffnen, sein Leben und sein Schicksal aus eigener Kraft und Leistung selbstverantwortlich gestalten zu können.

*

Als Grundsatz muss wieder zur Geltung kommen, dass jeder arbeitende Mensch ohne gnädige Hilfe des Staates und ohne in seine Abhängigkeit zu geraten seine materielle Existenz und die Vorsorge für seine Zukunft aus eigener Kraft und Leistung heraus sicherzustellen in der Lage sein soll. Dann wird sich erst zeigen, wie viel lebendige Kraft das deutsche Volk noch zu entwickeln in der Lage ist und wie sehr es seinem innersten Wesen widerspricht, aus einem falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis heraus nach kollektiver Hilfe zu schreien. Dann aber auch werden wir in der Lage sein, den Armen, Alten, Schwachen und Kranken, denen unsere ganze Fürsorge zu gelten hat, ein würdiges Leben zu gewährleisten.

*Quelle: ‚Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.' Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8*

# AKTUELLE URTEILE

**Fogging und Vorschuss für Mängelbeseitigung**

*BGH; Urteil vom 28.05.2008; VIII ZR 271/07*

Seit einigen Jahren ist im Mietrecht das so genannte Fogging bekannt. Es handelt sich dabei um plötzlich auftauchende Schwarzstaubablagerungen zum Beispiel an Decken und Wänden einer Mietwohnung. Der Bundesgerichtshof stellte jetzt in einem Urteil klar, dass Fogging einen Mangel der Mietsache darstellt. Die Beseitigung des Mangels schuldet der Vermieter, und zwar unabhängig davon, ob der Mangel aus der Gefahrensphäre des Vermieters oder Mieters stammt. Befindet der Vermieter sich nach entsprechender Aufforderung durch den Mieter mit der Mangelbeseitigung in Verzug, so kann der Mieter vom Vermieter einen Vorschuss zur Beseitigung des Mangels verlangen. Der BGH geht in seinen Überlegungen von dem Grundsatz aus, dass der Vermieter die vermietete Sache während der Mietzeit in einem zum vertragsgemäßen Gebrauch geeigneten Zustand zu erhalten hat.

**Vorsicht bei Verlängerung befristeter Verträge**

*BAG; Urteil vom 20.02.2008; 7 AZR 786/06*

Befristete Arbeitsverhältnisse sind keine Seltenheit. Aber immer wieder gibt es Probleme, wenn das Arbeitsverhältnis nach der Verlängerung enden soll. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) musste jetzt einen Fall entscheiden, in dem das Arbeitsverhältnis nach der zweiten Verlängerung enden sollte. Der Arbeitnehmer erhob jedoch Klage mit der Begründung, dass die vereinbarte Befristung unwirksam sei. Das BAG gab ihm Recht, da einer der nachfolgenden befristeten Arbeitsverträge eine Änderung gegenüber dem Ausgangsvertrag beinhaltete. Grundsätzlich ist die kalendermäßige Befristung bis zur Dauer von zwei Jahren zulässig. Voraussetzung ist allerdings, dass der Vertragsinhalt unverändert bleibt. Lediglich eine Anpassung an die aktuelle Rechtslage ist möglich.

**Fahrtenbuch mit kleineren Mängeln**

*BFH; Urteil vom 10.04.2008; VI R 38/06*

Ein ordnungsgemäß geführtes Fahrtenbuch ist Voraussetzung dafür, dass nicht die 1%-Regelung Anwendung findet. Der Bundesfinanzhof sieht ein Fahrtenbuch als ordnungsgemäß an, wenn es zeitnah und in geschlossener Form geführt wird. Jede einzelne berufliche Verwendung ist grundsätzlich für sich und mit dem bei Abschluss der Fahrt erreichten Gesamtkilometerstand des Fahrzeugs zu notieren. Die Aufzeichnungen müssen auch mit vertretbarem Aufwand auf ihre materielle Richtigkeit hin überprüfbar sein. Allerdings führen nach Ansicht des BFH kleinere Mängel nicht zur Verwerfung des Fahrtenbuchs, wenn die Angaben insgesamt plausibel sind. Wichtig ist, dass der zu versteuernde Privatanteil an der Gesamtfahrleistung des Dienstwagens möglich ist.

**Vom Arbeitnehmer zum Geschäftsführer und retour**

*BAG; Urteil vom 05.06.2008; 2 AZR 754/06*

Wird ein Arbeitnehmer einer GmbH zu deren Geschäftsführer bestellt, so endet grundsätzlich das frühere Arbeitsverhältnis einvernehmlich. Das Bundesarbeitsgericht bestätigt damit seine Rechtsprechung, wonach etwas anderes nur gilt, wenn die Parteien dieses ausdrücklich geregelt haben. Ein Arbeitnehmer war zum Geschäftsführer bestellt worden. Die Gesellschafter widerrufen nach einiger Zeit die Geschäftsführerbestellung und kündigen den Vertrag. Für das BAG ist klar: Das alte Arbeitsverhältnis lebt nicht nach Verlust der Organstellung als Geschäftsführer wieder auf. Ohne entsprechende Erklärungen der Parteien entsteht auch kein neues Arbeitsverhältnis.

**Gewerbemiete: Verwaltungskosten sind umlegbar**

*OLG Rostock; Urteil vom 10.04.2008; 3 U 158/06*

In einem Gewerberaummietvertrag ist es grundsätzlich möglich, die Verwaltungskosten als Betriebskosten auf die Mieter umzulegen. Allerdings, so das Oberlandesgericht Rostock, reicht es nicht aus, in dem Mietvertrag nur den Begriff „Verwaltungskosten“ zu erwähnen. Es gibt keine gesetzliche Definition der Verwaltungskosten und daher müssen sich die Mietvertragsparteien auf den Inhalt der mit dieser Position gemeinten Kosten einigen.

**Praxistipp:** Will der Vermieter also auch die Verwaltungskosten als Betriebskosten dem Mieter aufbürden, sollte er im Mietvertrag zusammen mit dem Mieter genau formulieren, was umfasst ist und was nicht.

**Keine Zustimmung des Betriebsrats bei Kündigung der betrieblichen Altersvorsorge im Rahmen einer teilmitbestimmten Betriebsvereinbarung**

*BAG vom 9.12.2008, Az 3 AZR 384/07*

Hat ein Arbeitgeber durch Betriebsvereinbarung Leistungen der betrieblichen Altersversorgung gemäß der Satzung und den Richtlinien einer Unterstützungskasse zugesagt, kündigt er diese und widerruft seine Versorgungszusage – abgesehen von der bereits erdienten Anwartschaft – vollständig, so unterliegt diese Maßnahme nicht der Zustimmung des Betriebsrates.

Dies ist der Tenor eines soeben veröffentlichten Urteils des Bundesarbeitsgerichts (BAG). In dem ausgeurteilten Fall hatte ein Arbeitgeber eine Gesamtbetriebsvereinbarung gekündigt, bei der die Versorgungszusage auf die Satzung und die Richtlinien einer Unterstützungskasse verwies. Im Jahre 1978 wurden die maßgeblichen Richtlinien durch eine Gesamtbetriebsvereinbarung geändert und darin eine „Nachwirkung“ vereinbart. Der Arbeitgeber kündigte diese Vereinbarung 1991 und widerrief die Versorgungszusage für die Zukunft. Sowohl eine weitere Dynamisierung der bereits verdienten Anwartschaften als auch zukünftige Zuwächse sollten vollständig entfallen. Hiergegen begehrte ein Arbeitnehmer die Feststellung, dass sich die Höhe seiner unverfallbaren Anwartschaft bis zu seinem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis im Jahre 2005 weiterhin nach den Regelungen der Richtlinien und der Gesamtbetriebsvereinbarung richte.

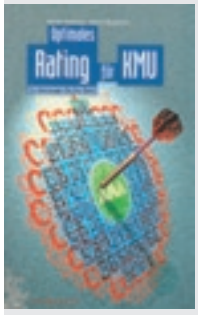
Diesem Begehren erteilte das BAG jedochnun eine Absage, da die vom Arbeitgeber hier durchgeführte Maßnahme nicht der Zustimmung des Betriebsrates nach § 87 Abs. 1 Ziff. 8 BetrVG unterliege. Hieraus ergebe sich, dass für eine „mitbestimmte“ anderweitige Neuverteilung der verbliebenen Mittel dann kein Raum mehr bleibe. Bereits aus diesem Grunde scheide eine gesetzliche Nachwirkung der Betriebsvereinbarung aus.

# BÜCHER

**Praxishandbuch Public Relations**
Jörg Forthmann
Gebunden, 312 Seiten, 39,90 Euro
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-50329-2

Professionelle PR-Arbeit wird in der Praxis immer wichtiger. Praktisch in jedem Zweig des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens ist sie heute von großer Bedeutung – und steht intern unter wirtschaftlichem Legitimationszwang. Elf Autoren aus Journalismus und PR-Praxis bieten einen optimalen Einstieg in das Thema. Ein nützlicher Leitfaden für Anfänger und Profis.

**Optimales Rating für KMU**
Hofbauer/ Bergmann
Gebunden, 366 Seiten, 39,90 Euro
Wiley Verlag, ISBN 978-3-89578-316-6




Die traditionell verwendeten bilanzorientierten Informationen geben nicht ausreichend Auskunft über den Wert und die Bonität eines Unternehmens, da sie meist stichtagsbezogen und vergangenheitsorientiert sind. Seit Basel II aber kommt es auf ein aussagefähiges und vertrauenswürdiges Rating an; dies hat sich seit der weltweiten Finanzkrise noch verschärft.

**Bukarest**
312 Seiten, 14,95 Euro
Trescher Verlag, ISBN 978-3-89794-120-5

Über Jahrhunderte lag Bukarest im Spannungsfeld osmanischer und westeuropäischer Einflüsse. Die ereignisreiche und wechselvolle Geschichte hat ihre Spuren im Stadtbild hinterlassen. Oft ist die rumänische Hauptstadt als das „Paris des Ostens“ beschrieben worden. Dieser Reiseführer ist der erste seiner Art im deutschsprachigen Raum. Er bietet sowohl Gruppen- als auch Individualreisenden zahlreiche Anregungen und Informationen.

**Authentisch verkaufen**
Vialon/ Hajek
Gebunden, 252 Seiten, 24,90 Euro
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-50355-1

Es gibt viele Verkäufer, die sehr erfolgreich sind, obwohl sie die Regeln der Verkaufsrhetorik außer Acht lassen. Sie überzeugen durch Originalität und ihre Glaubwürdigkeit – sie sind authentisch. Dies ist uns allen angeboren, wird aber durch vielerlei Einflüsse im Leben verschüttet. Im Buch lernen Verkäufer, wie es geht, den individuellen Kern der eigenen Persönlichkeit wieder zur Geltung zu bringen.

**Judo mit Worten**
Barbara Berckhan
Gebunden, 192 Seiten, 15,95 Euro
Kösel Verlag, ISBN 9783466308064

Dumme Bemerkungen, verbale Tiefschläge, unsachliche Angriffe: Bleiben Sie gelassen und glänzen Sie mit der Kunst des Darüberstehens. Hier kommt die mühelose Selbstverteidigung mit Worten, mit der Sie jeden Gegner elegant auf die Matte legen. Das Buch bietet überdies spannende Tests zur Selbsteinschätzung.

**Die Frau, die ihr Gehalt mal eben verdoppelt hat**
Sabine Asgedom
Broschur, 224 Seiten, 17,95 Euro
Kösel Verlag, ISBN 978-3-466-30788-3

Fünf Meistercoaches zeigen, wie sich persönliche Probleme in Stärken verwandeln lassen. Der Leser erlebt mit, wie 25 Menschen im Coaching spannende Lösungen für ihr Leben finden und profitieren selbst von den Methoden der fünf Spitzentrainer.

**Die La-Ola-Welle**
Dov Seidman
Gebunden, 416 Seiten, 29,90 Euro
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-50372-8

Fasziniert von der Metapher der Welle, setzt sich der Autor in diesem Buch damit auseinander, was es braucht, um solch eine Welle anzustoßen. Wenn eine Welle im Sport eine solche Wirkung zeigt, warum dann nicht auch in der Wirtschaft. Dov Seidman erforscht anhand unterhaltsamer Anekdoten, überraschender Fallstudien und aufschlussreicher Interviews, wie wir selbst unser Verhalten einschätzen und wie wir uns und andere erfolgreich machen.

**Willkommen im Kollegenzoo**
Markus Steinhaus
Gebunden, 160 Seiten, 12,95 Euro
Knaur Verlag, ISBN 978-3-426-64568-0

Wer hat nicht schon im Lauf seines Arbeitslebens den Spruch gehört: „Ja bin ich denn hier im Zoo?“ Und tatsächlich erinnert das Verhalten mancher Mitmenschen mitunter eher an die Bewohner eines Tierparks als an das von Teamkollegen, die miteinander ein gemeinsames Ziel verfolgen. Der Autor bietet dem Leser 25 Steckbriefe von Aktenwurm über Bürohengst bis Vorzimmerdrachen und Platzhirsch.

www.MIT-WERBEMITTEL.de

# Schwung holen für Ihren Verband:

## MIT-eShop Werbemittel

www.mit-werbemittel.de

**MIT-Hemd Damen oder Herren**
Modisch tailliertes mit MIT - Logo besticktes Damen-oder Herren-Hemd aus 97 % Baumwolle und 3 % Elasthan, Stretchmaterial für bessere Passform + Tragekomfort, äußerst pflegeleicht, Sieben-Knopf-Leiste, eleganter halb ausgestellter Kragen
Größe: S-XXL; Artikel: T 001-Mann oder Frau

Menge M: _____ Größe: _____
Menge F: _____ Größe: _____

**MIT-Crew Jacke**
Wasserdichte Jacke für den MIT Außeneinsatz aus 100% Polyester Mikrofaser mit PU Beschichtung, Netzfutter, verdeckter Reißverschluss, Stehkragen mit Kapuze, Ärmel mit Klettverschluss, Pattentasche, Innentasche und Handytasche. Mit dezentem MIT Logo auf der Vorderseite. Größe: S-XXL
Artikelnummer: T 003

Menge: _____ Größe: _____

**MIT-Polo heavy wight**
Polo mit MIT-Stick: 100 % gekämmtes, ringgesponnenes Micro-Baumwollpiqué. Dreiknopfleiste mit farblich abgestimmten Knöpfen, Flachstrick-Kragen und -Unterkragen, breite Doppelnaht an Bund und Ärmeln, Seitenschlitze. Spezielle Damenpolos auf Anfrage; Größe: XS-4XL ,
Artikelnummer: T 004

Menge: _____ Größe: _____

**MIT-Pin**
20x8 mm, mit 4-farb-Motiv: Logo MIT+Flagge im Offsetdruck auf Stahl, Schmetterlingsverschluss, Epoxy-Versiegelung.
Preis per Stück / Verkaufseinheit 10 Stück
Artikelnummer: W 007

Menge / VE: _____

**MIT Kugelschreiber ICY**
Icy - transparent mit 2-farbigem Aufdruck MIT, großvolumiges Gehäuse, markante Profilrillen am Drücker, schwarz schreibend.
Preis per Stück / Verkaufseinheit 10 Stück
Artikelnummer: W 004

Menge / VE: _____

**Aufkleberbogen**
17 MIT-Aufkleber in verschiedenen Farben, Formen und Größen. Innen und außen verwendbar.
Preis für 1 Bogen
Artikelnummer: W 001

Menge: _____

Ihre Daten: ❑ Rückrufbitte ❑ Prospektanforderung

Name Vorname

Straße PLZ Ort

Telefon Telefax

MIT-Verband Unterschrift

**MIT-Soft-Cap**
Mit MIT-Stick in schwarz mit roter Ziernaht am Schirm. Hochwertiges 6 Panel Cap aus 100% Heavy Brushed Cotton.
Der Low Profile Schnitt und sechs gestickte Luftlöcher sorgen für einen modernen Look. Mit größenverstellbarem Stoffverschluss für perfekten Sitz.
Artikelnummer: T 008

Menge: _____

**MIT-Soft-Shell-Jacke**
Atmungsaktives, dreilagiges Soft-Shell Material aus 92% Polyester und 8% Elasthan, mit MIT-Stick. Wind- und wasserabweisend mit weichem Griff und komfortablem Schnitt für viel Bewegungsfreiheit.
Größe: XS-XXL
Artikelnummer: T 009 Mann oder Frau

Menge M: _____ Größe: _____
Menge F: _____ Größe: _____

**MIT-Triangelrucksack**
MIT-bestickter Rucksack mit RV-Haupt- und Vorfach, gepolsterter Rücken und Umhängegurt mit Klettverschluss und abnehmbarer Handytasche, 600D Nylon.
Maße ca. 47,5 x 34 x 15 cm,
Artikelnummer: T 010

Menge: _____

**MIT-Schlüsselbänder**
Band schwarz › MIT-Logo silber
Band blau › MIT-Logo rot
Nylon, Karabiner 10 mm breit.
Preis per Stück / Verkaufseinheit 10 Stück
Artikelnummer: W 009 B oder S

Menge B / VE: ___ Menge S / VE: ____

**Der Ludwig Erhard-Zitatenschatz**
In diesem Taschenbuch wurden Zitate Erhards zusammengestellt. Ein Gesamtüberblick über das Ordnungsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ und über das Wirken von Erhard als Politiker; Artikelnummer: D 007

Menge: _____

**MIT-Tischflagge - Standard**
15 x 25 cm, 40 cm hoch, Holzfuß und Mast. Design: Blau mit Logo in weißer Schutzzone.
Verkaufseinheit 1 Flagge
Artikelnummer: C 004

Menge: _____

**Info**
Alle Preise inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Für alle Artikel auf diesem Bestellschein geben wir einen Rabatt von 10%. * Ausgenommen davon ist das Ludwig-Erhard Buch wegen der gesetzlichen Buchpreisbindung.

Gern besticken wir Ihnen Textilien (auch Caps) mit dem Zusatz ihres MIT-Verbandes oder an anderen Platzierungen. Bitte rufen Sie uns an.

**Produktion+Versand**
brandung³
Müggelseedamm 70
12587 Berlin

Tel.: 030 . 70 22 02 04
Fax: 030 . 70 22 02 05
E-Mail: kontakt@mit-werbemittel.de

Bestellschein bitte per Fax: **030 / 70 22 02 05** oder Post.

# Mittelstandspolitik

Nach jahrelangem Tauziehen haben sich Union und SPD auf attraktivere Rahmenbedingungen für **Mitarbeiterbeteiligungen** geeinigt. Der Bundestag beschloss, den Fördersatz für entsprechend angelegte vermögenswirksame Leistungen von 18 auf 20 Prozent anzuheben. Die Einkommensgrenzen im Vermögensbildungsgesetz steigen auf 20.000 Euro für Ledige bzw. 40.000 Euro für Ehepaare. Beschäftigte können künftig von ihrer Firma direkte Anteile bis zu 360 Euro jährlich steuer- und abgabenfrei erhalten. Daneben werden auch mittelbare Beteiligungen über neu zu schaffende Mitarbeiterfonds gefördert.

Auch die Novelle des **Außenwirtschaftsgesetzes** passierte das Parlament. Neben der seit vielen Jahrzehnten bestehenden Möglichkeit staatlicher Beschränkung ausländischer Investitionen in militärisch relevanten Bereichen (Rüstungsgüter, Krypto- und Erdfernerkundungssysteme) tritt nun ein neues, generelles Kontrollinstrument. Künftig kann im Falle der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung branchenunabhängig der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen ab 25 Prozent durch Nicht-EU-Investoren verboten oder mit Auflagen versehen werden. Dazu erhält das Bundeswirtschaftsministerium das Recht, entsprechende Unternehmenskäufe innerhalb von drei Monaten nach Vertragsschluss zu prüfen. Spätestens acht Wochen nach Aufgreifen muss der Fall dann entschieden werden. Auslöser der Neuregelung war die Debatte um den wachsenden Einfluss von Hedge- sowie politisch kontrollierten Staatsfonds beispielsweise im Energiesektor. Kritik kommt von Seiten der Wirtschaft: Sie warnte die Bundesregierung vor Protektionismus mit negativen Folgen für den Investitionsstandort Deutschland. Allerdings fallen die Regelungen im internationalen Vergleich, wo oftmals rigide Genehmigungs- und Anzeigevorgaben existieren, sehr milde aus. Die Bundesregierung verzichtet auf eine generelle Meldepflicht. Zudem wurde das Gesetz auf Druck der CDU/CSU in den Bundestagsberatungen durch einen Rechtsanspruch auf eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ innerhalb von vier Wochen weiter entschärft. In Bagatellfällen kann damit auf Antrag schnell Rechts- und Transaktionssicherheit hergestellt werden.

Die große Koalition hat sich auf strengere Regeln für **Managergehälter** geeinigt. Ziel ist, die Vergütungsstruktur für Vorstände in Publikumsgesellschaften auf mehr Langfristigkeit auszurichten. Dazu sind u.a. eine Verdopplung der Haltefrist von Aktienoptionen auf vier Jahre, die Offenlegung von Versorgungsleistungen, eine leichtere Herabsetzbarkeit der Bezüge bei schlechtem Geschäftsverlauf oder mangelnder Leistung (Malus) und strengere Haftungsbestimmungen für Aufsichtsratsmitglieder geplant. Die Letztentscheidung über Vorstandsverträge muss in Zukunft der gesamte Aufsichtsrat treffen und nicht, wie heute üblich, lediglich ein kleiner Ausschuss.

Im Rahmen des zweiten Konjunkturpaketes stockt der Bund das **„Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“** deutlich auf. Die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wird in den Jahren 2009 und 2010 auf die alten Bundesländer ausgeweitet und die Fördersätze für Ostdeutschland erhöhen sich. Künftig können Mittelständler mit bis zu 1.000 statt bislang 250 Beschäftigten unterstützt werden.
***www.zim-bmwi.de***

Zahlreiche geplante **EU-Vorhaben** stoßen auf Widerstand bei der deutschen Wirtschaft:

Durch die angekündigte Neuregelung zum Mutterschutz mit einer Ausweitung der Fristen von bislang 14 auf 18 Wochen kämen jährlich 500 Mio. Euro weitere Lohnzusatzkosten auf die deutschen Arbeitgeber zu.

Europäische **Verbraucher** sollen ihr Recht künftig leichter als bisher mit Sammelklagen durchsetzen können. Das schlägt eine andere Initiative der Kommission vor. Unternehmensverbände fürchten, dass damit die Auswüchse des US-Systems importiert werden könnten.

Das Europäische Parlament fordert mehrheitlich stärkere Arbeitnehmerrechte bei der **EU-Arbeitszeitrichtlinie**. Ausnahmen von der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden sollen nicht länger zulässig sein, entsprechende „Opt-Outs“ nach drei Jahren auslaufen. Der gesamte Bereitschaftsdienst einschließlich der inaktiven Zeit wäre dann entgeltpflichtig.

Schließlich votierten die Abgeordneten im Brüsseler Sozialausschuss jüngst für eine scharfe Ausweitung der bestehenden **Antidiskriminierungsrichtlinie**. Würden die geplanten Verschärfungen etwa bei der Beweislast umgesetzt, dürfte sich der Dokumentationsaufwand insbesondere für Kleinbetriebe weiter erhöhen. Schon die geltenden Gleichbehandlungsvorschriften haben nach Schätzungen Kosten von 1,7 Mrd. Euro für deutsche Unternehmen verursacht.

*kss*

# MIT-Bundesvorsitzender zu Besuch bei der MIT Ahrweiler

Ein Hauptaugenmerk des MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Schlarmann liegt auf dem engen Kontakt zur Basis. Nur so könne er erfahren, wo dem Mittelstand vor Ort der „Schuh drückt". Im Rahmen seines Besuchsprogramms durch MIT-Kreisverbände in ganz Deutschland war er diesmal der Einladung der MIT Ahrweiler nach Rheinland-Pfalz gefolgt.

Ein Scheck für die Hannelore-Kohl-Stiftung, der Lebensmut spendet (v.l.n.r.): **Karl Mönch, Elmar Lersch** (MIT-Kreisvorsitzender), **Josef Niethen** (vorn), **Dr. Josef Schlarmann, Ute-Henriette Ohoven,** Altenahrs Weinkönigin **Ulla I.** mit ihrer Prinzessin **Kerstin, Ulrich Hauschild** (Bürgermeister der Stadt Bonn) und **Hermann Terporten.**

## Goldene Meisterbriefe

Josef Schlarmann nahm auch an der Ehrung der Altmeister Hermann Lehmann, Hans Kessel, Karl Mönch, Ernst Schmitz und Willy Thiesen teil. Die Handwerker hatten im Jahre 1958 ihre Meisterprüfung bei der Handwerkskammer abgelegt und erhielten zum 50-jährigen Jubiläum von der Handwerkskammer Koblenz ihre Goldenen Meisterbriefe. Die MIT Ahrweiler gratulierte den Altmeistern für diese Ehrung. Der MIT-Kreisvorsitzende Elmar Lersch würdigte die Verdienste der Altmeister, die sich allesamt um das Handwerk verdient gemacht haben.

## Internationale Krippenausstellung

Die traditionelle internationale Krippenausstellung der Gebrüder Franz-Rudolf und Josef Niethen (MIT-Schatzmeister) in der Recher Bäckerei Niethen mit über 200 verschiedenen Krippen aus aller Welt, beeindruckte den MIT-Bundesvorsitzenden bei seiner dritten Station. Holzfiguren in bunten Farben aus Polen, handmodellierte Tonfiguren aus Litauen, Figuren aus Ebenholz, geschnitzt in Afrika.

**Dr. Schlarmann war auch da:** Der MIT-Bundesvorsitzende trägt sich in das Gästebuch der Recher Krippenausstellung ein.

## Ein Weingut der besonderen Art

Zum Abschluss seines Besuchs der MIT Ahrweiler, lernte Josef Schlarmann den Winzer und MIT-Mitglied Gerhard Stodden kennen. Seit 1578 hat sich die Familie Stodden im Ahrtal dem Weinbau verschrieben. Nach der Vorstellung des Weingutes Jean Stodden, begann für den MIT-Bundesvorsitzenden ein informativer und zugleich beeindruckender Rundgang durch den Weinkeller, in dem die köstlichen Rotweine des Weingutes, die ausschließlich in Eichenholzfässern ausgebaut werden, lagern.

*Foto: Heinz Stetzuhn*

Zum Abschluss ein edler Tropfen in der Vinothek: Die Gastgeber **Brigitta und Gerhard Stodden** (vorn rechts) laden die Gäste zu einer kleinen Weinprobe ein.

## MITTELSTAND STÄRKEN – ARBEIT SICHERN

Unter maßgeblicher Beteiligung der MIT führt die CDU Rheinland-Pfalz in den ersten beiden März-Wochen 2009 eine Gesprächsreihe unter dem Motto „Mittelstand stärken – Arbeit sichern" durch. In zehn Veranstaltungen über das Land verteilt werden die mittelständischen Firmen des Landes zu den verschiedensten Gesprächsrunden direkt eingeladen. Dazu konnten prominente Gäste gewonnen werden: Bundeswirtschaftsminister Glos, Prof. Weder di Mauro, Prof. Hans-Werner Sinn, BDA-Hauptgeschäftsführer Dr. Reinhard Göhner, die Ministerpräsidenten Roland Koch und Peter Müller sowie PKM-Vorsitzender Michael Fuchs, MdB. Der MIT – Landesverband und der PKM der Landtagsfraktion führen mehrere der Gesprächsrunden in eigener Regie durch. Das Programm kann auf der Homepage der MIT Rheinland-Pfalz unter **www.mit-rheinland-pfalz.org** eingesehen werden.

# MU berät Konjunkturprogramm

Auf der Bezirksvorstandssitzung der MU Niederbayern stand die aktuelle Lage beim Mittelstand auf der Tagesordnung. Hierzu kamen der Bezirksvorsitzende Peter Erl und sein Vorstand mit Jürgen Wallstabe (Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer für Niederbayern) und Franz Prebeck (Präsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz) ins Gespräch. „Wir haben keine Krise, sondern schlechte Zeiten“, brachte Prebeck die Lage der niederbayerischen Handwerker auf einen Nenner. Auch Wallstabe berichtete von einer derzeit insgesamt noch guten Lage in den Mittelstandsbetrieben. Er schränkte aber auch ein, dass besonders die Automobilzulieferer Probleme bekommen, wenn die Flaute länger anhält.

Peter Erl kritisierte die viel zu hohen Zinsen des aktuellen Sonderprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Er forderte eine schnelle Umsetzung der Konjunkturprogramme. Es müsse darauf geachtet werden, dass das Geld auf dem flachen Land ankomme. Auch Staatsminister Helmut Brunner, MdL, forderte, dass die Kommunen jetzt möglichst schnell umsetzbare Projekte entwickeln.

Niederbayerns CSU-Bezirkschef Manfred Weber, MdEP, bekräftigte die Forderung von Erl, den Donauausbau voranzutreiben. Denn dieser sei entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Niederbayerns. Im Anschluss an die politische Diskussion setzte Peter Erl fünf Ausschüsse mit den Aufgabengebieten Wirtschaft/Tourismus, Finanzen/Haushalt/Steuern, Verkehr/Technologie/Energie/Bau/Städtebauliche Entwicklung, Bürokratieabbau und Arbeit/Soziales/Bildung, die sofort ihre Arbeit aufnahmen.

**MU-Bezirksvorstand Niederbayern fordert schnelle wirtschaftspolitische Maßnahmen** (v.l.n.r.): Peter Erl, Erwin Huber, MdL, Franz Prebeck, Jürgen Wallstabe, Manfred Weber und Landwirtschaftsminister Helmut Brunner, MdL

# Mit dem Mittelstand aus der Krise

Der Neujahresempfang der Mittelstands-Union setzte in diesem Jahr ein deutliches Zeichen für den starken bayerischen Mittelstand. Unter dem Motto „Mit dem Mittelstand aus der Krise“ versammelten sich über 300 Mittelständler im Haus der Bayerischen Wirtschaft. Neben dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden Horst Seehofer konnte der MU-Landesvorsitzende und stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, auch den bayerischen Finanzminister und Vorsitzenden der neu eingesetzten CSU-Wirtschaftskommission, Georg Fahrenschon, die Parlamentarische Staatssekretärin Dagmar Wöhrl, MdB, und den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Ramsauer, MdB, begrüßen.

Der Einladung waren auch die Staatssekretäre Franz Pschierer, MdL und Dr. Marcel Huber, MdL, sowie der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags, Erwin Huber, MdL, und der PKM-Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Klaus-Dieter Breitschwert, MdL, gefolgt. Die Präsenz zahlreicher Vertreter der Wirtschaftsverbände und die vielen Unternehmer und Unternehmerinnen machten deutlich, dass die Mittelstandsunion eine schlagkräftige Truppe für die Belange und Interessen des bayerischen Mittelstands ist.

In seiner Neujahrsansprache versprach Ministerpräsident Seehofer ein klares wirtschaftliches Profil der CSU. „Wir machen weiter mit unserer Politik der Steuererleichterungen und werden es schaffen, dass den Bürgern heimliche Steuererhöhungen wieder zurückgegeben werden“, so Seehofer. Auch der MU-Vorsitzende Dr. Michelbach, MdB, lobte die von der CSU durchgesetzte Steuersenkung als wichtiges Signal und großen Erfolg für die arbeitende Bevölkerung. Er forderte, dass die mittelständischen Unternehmen mehr Verantwortung in der Politik übernehmen. Michelbachs Ziel für die Bundestagswahl: „Die große Koalition überwinden.“ Dabei habe vor allem die CSU das Potenzial, gerade in der Wirtschafts- und Steuerpolitik viele FDP-Wähler zurück zu gewinnen. Kritik richtete Bayerns ⇨

Finanzminister Fahrenschon an Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD): „Wir haben es momentan mit einem Bundesfinanzminister zu tun, der jetzt schon an seinem Geschichtsbild feilt." Dringende Reformen wie die Zinsschranke würden nicht mehr weiter verfolgt und so Umstrukturierungen und Investitionen erschwert.

**Mittelstandspolitiker unter sich:** Dagmar Wöhrl und Peter Ramsauer

**Shakehands von Vorgänger und Nachfolger im Amt des CSU-Vorsitzenden:** Erwin Huber (links) und Horst Seehofer

**Den Blick nach vorn gerichtet:** (von links) Christel Michelbach, Hans Michelbach, Horst Seehofer und Peter Ramsauer

## NAMEN SIND NACHRICHTEN

### MIT Baden-Württemberg mit neuer Geschäftsführung

Der MIT-Landesvorstand Baden-Württemberg hat Susanne Gruber (Foto links) zur neuen Geschäftsführerin gewählt. Erste Priorität hat für sie die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Vorstand und den Kreisvorsitzenden sowie die Gewinnung neuer Mitglieder. Die neue Geschäftsführerin will den MIT-Landesvorsitzenden Peter Ibbeken (Foto rechts) tatkräftig bei seiner Initiative zur Mobilisierung des Mittelstandes in Baden-Württemberg unterstützen.

### MIT Berlin Lichtenberg

Andreé Reschke wurde zum neuen Kreisvorsitzenden der MIT Lichtenberg gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm Stefan Mattes und André Laurmann-Urbanski zur Seite. Zur neuen Schatzmeisterin wurde Christina Lippitz gewählt.

### MIT Wedel

Als Vorsitzender der MIT Wedel wurde Christian Fuchs wiedergewählt. Auch seine beiden Stellvertreter Michael C. Kissig und Norbert Weller wurden in ihren Ämtern bestätigt. Als Beisitzer werden Olaf Breitkreuz, Thomas Henke, Ralf Kornobis und Petra Wolski im neuen Vorstand mitwirken. Christian Fuchs und seine Mitstreiter bedankten sich bei den beiden ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Kerstin Dorbandt und Thorsten Kühn für ihr Engagement in der MIT. Der neue Vorstand plant, an die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre anzuknüpfen. Insbesondere das Unternehmerfrühstück, welches sich innerhalb kürzester Zeit zu einer festen Institution für viele Wedeler Unternehmer entwickelte, soll fortgesetzt werden.

### MIT Nordfriesland

Henning Koritzius wurde als MIT-Kreisvorsitzender Nordfriesland einstimmig wiedergewählt. Telse Jacobsen steht ihm als stellvertretende Kreisvorsitzende zur Seite. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden Ursula Sassen, MdL, Tim Hanke und Karsten Jahn gewählt. Mit der Geschäftsführung wurde erneut Hans-Jürgen Ruge betraut.

Unser Foto zeigt (v.l.n.r.): **Karsten Jahn, Telse Jacobsen, Henning Koritzius** und **Tim Hanke** ⇨

### PKM-Feier

Eine große Gratulantenschar stellte sich zum 60. Geburtstag des PKM-Vorsitzenden Dr. Michael Fuchs (links) in Berlin ein. An ihrer Spitze Bundeskanzlerin Angela Merkel. Unter den Gästen auch der an diesem Tag frisch ernannte neue Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, MdB.

### MIT Berlin Pankow

Der alte und neue Vorsitzende der MIT Berlin Pankow ist Johannes Kraft. Seine Stellvertreter sind Leila Bouziane und Daniel Hauer. Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurden Brigitte Konkel, Gerd Schröder, Dr. Peter Wotschke, Joachim Pollnow und Norbert Bieß. Auf seiner konstituierenden Sitzung nahm er sogleich die politische Arbeit auf und verabschiedete einen Beschluss zum wirtschaftspolitischen Profil der Union. Darin heißt es, dass es der CDU bis dato zu wenig gelungen ist, aufzuzeigen, dass man an die selbstregulierenden Kräfte freier Märkte glaubt, die Eigenverantwortung des Individuums in den Mittelpunkt stellt und Leistung fördert.

**Johannes Kraft** (vorn rechts) mit dem neuen Vorstand der MIT Berlin Pankow.

### MIT Flensburg reaktiviert

Die MIT Flensburg wurde reaktiviert. Der neue Kreisvorsitzende Dr. Jens Junge (2.v.l.) hat sich gemeinsam mit seinen beiden Stellvertretern Dr. Lars Jensen-Nissen (1.v.l.) und Inga Ehler (r.) sowie mit Dirk Meyer (3.v.l.) als neuem Schatzmeister viel vorgenommen. Insbesondere die Ansprache mittelständischer Unternehmen vor Ort soll in den kommenden Monaten im Vordergrund stehen.

## Medienpartnerschaft erneuert

Die Deutsche Vermögensberatung AG in Frankfurt und die MIT erneuerten ihre Medienpartnerschaft für das Jahr 2009. Symbolisch bekräftigten dazu die Partner ihren Willen zur intensivierten weiteren Zusammenarbeit (von links): MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, DVAG-Pressechef Dr. Peter Tauber und der Verleger des MittelstandsMagazins Günter F. Kohl.

**2009 im Zeichen der Europawahl**
Der Europaabgeordnete und Mitglied der MIT, Dr. Markus Pieper MdEP (2.v.r.), besuchte mit einer Wirtschaftsdelegation aus seinem Wahlkreis die Bundesgeschäftsstelle der MIT. Bei dem Gedankenaustausch gemeinsam mit MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen (1.v.r.) ging es vor allem um die globale Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und die Arbeit der MIT. Natürlich standen auch die Vorbereitungen für die Europawahl am 7. Juli diesen Jahres im Mittelpunkt der Diskussion.

## Hessen nimmt wieder Fahrt auf

Die Wählerinnen und Wähler haben am 18. Januar 2009 die „hessischen Verhältnisse" beendet. Nach einem turbulenten Jahr kann das Land nun mit einer stabilen bürgerlichen Mehrheit regiert werden. Fast 54 Prozent wollten Roland Koch als Ministerpräsident an der Spitze einer schwarz-gelben Koalition. Nach der erfolgten Konstituierung des neuen Landtags und der Kabinettsaufstellung kann die schwarz-gelbe Regierung mit der politischen Arbeit beginnen. Im Zentrum stehen die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Man wird insbesondere die wichtigen Infrastrukturprojekte wie den Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden sowie den Bau und Ausbau der Autobahnen weiter vorantreiben. Als weiterer Schwerpunkt gilt die Schulpolitik.

### Die neugewählten MIT-Mitglieder in der Hessischen CDU-Fraktion

Arnold, Walter Dr.
Banzer, Jürgen
Bartelt, Ralf-Norbert Dr.
Bellino, Holger
Bouffier, Volker
Caspar, Ulrich
Dietzel, Wilhelm
Herr, Norbert Dr.
Hoff, Volker
Irmer, Hans-Jürgen
Lannert, Judith
Lortz, Frank
Milde, Gottfried
Osterburg, Gudrun
Ravensburg, Claudia
Reißer, Rafael
Seyffardt, Peter
Stephan, Peter
Weimar, Karlheinz
Wiegel, Kurt
Wiesmann, Bettina

## Die Stunde der Mittelstandsvereinigung

Für den Neujahrsempfang der MIT Bremen konnte der Landesvorsitzende Andreas Jacobsen (Foto) als Gast den MIT-Ehrenvorsitzenden Elmar Pieroth gewinnen. Zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft waren der Einladung in den neu eröffneten Weinmarkt Vino von Elmar Pieroth gefolgt. Thema des Abends war die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition. Elmar Pieroth hob in seiner Rede die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft hervor. „Jetzt ist die Stunde der Mittelstandsvereinigung. Wir müssen deutlich machen, dass es keine Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft gibt. Und wir müssen den selbst haftenden Unternehmer wieder ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken", sagte Pieroth. Außerdem warnte er davor, gute Wahlergebnisse der FDP in bloßem Lagerdenken zu akzeptieren. „Die CDU war immer dann stark, wenn sie auch ein klares wirtschaftspolitisches Profil hatte. Und es ist die Aufgabe der MIT, dieses Profil innerhalb der CDU einzufordern, zu schärfen und nach außen deutlich zu machen", sagte Pieroth abschließend.

### Die MIT-Mitglieder in der neuen Hessischen Landesregierung

**Volker Bouffier**, Minister des Inneren und für Sport
**Karlheinz Weimar**, Minister der Finanzen
**Jürgen Banzer,** Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit
**Boris Rhein**, Staatssekretär außerdem
**Dr. Walter Lübcke**, Regierungspräsident in Kassel

# Michel Friedman zur Wirtschaftskrise

Nichts hat er verloren von seiner gefürchteten Offenheit und messerscharfen Analyse, seit er seine politische Talksendung in der ARD vor fünf Jahren abgeben musste. Es gilt immer noch die Losung: „Vorsicht Friedman“. Dr. Michel Friedman war der Einladung des MIT-Kreisvorsitzenden Bernd Kupfer zu einem Diskussionsabend im vollbesetzten historischen Braukeller der Eichbaum Brauereien in Mannheim gefolgt. Er kam auch sofort zur Sache - die Finanz- und Wirtschaftskrise. „Wir sind alle Schuld“, stellt er fest. Aber natürlich weiß der Rechtsanwalt und Lebemann, was sich gehört. „Anwesende sind freilich wie immer ausgenommen“. Da braucht man gar nicht mit dem Finger nach Amerika zu deuten. Jeder hat sich an der Hatz um das schnelle Geld beteiligt. Weil das dicke Bankkonto ja bekanntlich etwas aussagt über den Wert des Menschen, über seine Qualität und seine Bedeutung. „ Nicht wahr?“ fragt der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland und blickt auffordernd ins Publikum. Aber keiner widerspricht, alle sind einverstanden.

# Staatssekretär Peter Hintze zu Gast

Die MIT Tönisvorst hatte Besuch aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Staatssekretär Peter Hintze sah sich bei der Firma Feria Textil um. Nach einem gemeinsamen Rundgang mit dem Viersener Bundestagsabgeordneten Uwe Schummer sowie den Geschäftsführern Eckart Fischell und Giesbert Kuna fand eine Diskussionsrunde der MIT mit Peter Hintze statt. Sie stand unter der Fragestellung „Können uns Heuschrecken helfen?“, denn die Fortführung des mittelständischen Unternehmens mit zehn Mitarbeitern wurde auch mit Hilfe eines kanadischen Investors gesichert. Damit konnte dann auch eine geordnete Nachfolge in der Geschäftsführung des in jedem Jahr durch ein Umsatzplus gekennzeichneten Unternehmens organisiert und gleichzeitig eine Stärkung der Eigenkapitalbasis erreicht werden.

**Mittelstand hautnah** (v.l.r.n.): Giesbert Kuna und Eckhard Fischell (Geschäftsführer der Feriatextil), Uwe Schummer, MdB, Peter Hintze, MdB, CDU-Vorsitzender Reinhard Maly, stellv. Landrätin Luise Fruhen und Maik Slomka.

## MIT - Medienpreis „Mittelstand - 20 Jahre nach dem Mauerfall“

Unter diesem Motto schreibt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) wieder ihren Preis aus, mit dem die Entwicklung des Mittelstandes unter dem Aspekt des Mauerfalls und der deutschen Einheit in der Öffentlichkeit hervorgehoben werden soll.

### Der Preis ist dotiert mit 3.500 Euro

**Bewerber:**
Um den Preis können sich Journalistinnen und Journalisten mit je einem deutschsprachigen Beitrag bewerben, der zwischen dem 1. Juni 2008 und dem 31. Mai 2009 veröffentlicht wurde (Print, Rundfunk und Online).

**Beiträge:**
Ausgezeichnet werden journalistische Arbeiten, die sich in besonderer Weise mit Problemen und Chancen mittelständischer Unternehmen im Hinblick auf den Mauerfall und die deutsche Einheit beschäftigen. Vor allem soll das Engagement von Unternehmensleitung und das innovative Potenzial kleiner und mittlerer Unternehmen zum Ausdruck kommen. Hierbei werden auch Portraits oder Biografien berücksichtigt.

**Jury:**
Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus erfahrenen Journalisten und Mittelständlern. Die Preisverleihung findet im Herbst 2009 statt.

**Einsendeschluss: 15. Juni 2009**

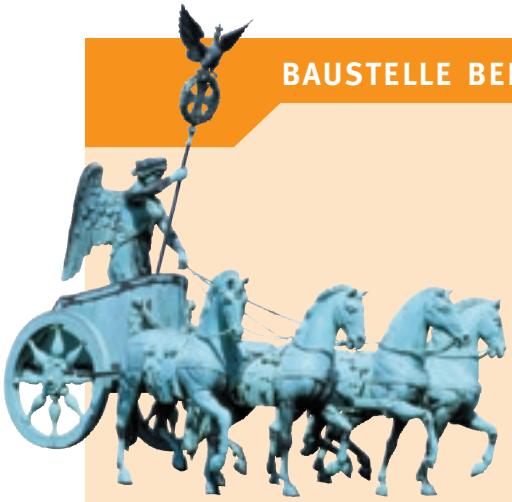
Bitte senden Sie Ihre Unterlagen an:

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU

z.H. Hauptgeschäftsführer
Hans- Dieter Lehnen
Charitèstraße 5
10117 Berlin-Mitte

Internet: www.mittelstand-deutschland.de

## BAUSTELLE BERLIN



**Liebe MIT-Streiter,**

man glaubt es kaum, wer in diesem Jahr alles 60 Jahre alt wird: Rennfahrer Nikki Lauda, parlamentarischer Ober-Mittelständler Michael Fuchs, Unions-Fraktions-Chef Volker Kauder, Neu-MP Horst Seehofer und dann geht's erst richtig los: das Grundgesetz am 23. Mai und es folgen unsere Republiken, die beiden. Die eine, die DDR, hat es Gott sei Dank nicht geschafft bis zum 60. Geburtstag, ihr ging die Luft aus, bevor sie ihren 40. so richtig genießen konnte. Aber unsere Bundesrepublik Deutschland, zur Zeit ein wenig krisengeplagt, aber ansonsten topfit und einer guten Zukunft zugewandt, darf auf ihr Alter und was sie in dieser, für ein Land, für einen Staat, für ein Volk, kurzen Zeit geschafft hat, riesig stolz sein.

Ich sage ganz offen, was mich maßlos stört: Aus sprachlicher Flapsigkeit, dem allgemeinen Hang zum Verkürzen und Vereinfachen oder aus falsch verstandener ostalgischer Anbiederung – immer öfter höre oder lese ich den Ausdruck „unsere Republik". Sogar in hohen und höchsten Kreisen!

Zur Erinnerung: Für die DDR, die wir lange Zeit in Anführungszeichen geschrieben haben („DDR"), gab es zwei „Republiken", nämlich die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundes Republik – letztere unter bewusster Verdrehung des tatsächlichen Namens. Und wer im Interzonenverkehr in seinem Visums-Antrag unter der Rubrik Staatsangehörigkeit „Deutschland" eintrug, riskierte die Zurückweisung.

Die „Westdeutschen" aus der BRD wohnten, von ihrem Selbstverständnis her immer in Deutschland, die „Ostdeutschen" aus der DDR in ihrer „Republik". Folglich stand „Republik-Flucht", gemeint war das Menschenrecht auf Freizügigkeit, unter Strafe. Ist es da ein Wunder, dass für viele Menschen in Deutschland, das Wort „Republik", als Solo-Begriff und bezogen auf unser heutiges Staatswesen, ein Unwort ist? Ich glaube, nein.

Fleiß, Mut, Wille zur Leistung und zum unternehmerischen Risiko, Einsatzbereitschaft, ein Stück Askese – dies alles führte unter Adenauers Aegide und durch Erhards unerschütterliche, von Optimismus und einer gewissen Rigidität beim Durchsetzen seiner Ziele geprägten marktwirtschaftlichen Politik zu dem, was Deutschland heute ausmacht. Ich hoffe, dass die 60-Jahr-Feiern auch dazu führen, sich darauf zu besinnen, worauf sich unser heutiger Wohlstand gründet. Es ist und bleibt die soziale Marktwirtschaft die einzig überzeugende Wirtschaftsordnung für unser Land. Nirgendwo auf der Welt hat bisher eine Wirtschaftsverfassung so überzeugen können. Der Sozialismus ist gescheitert – auf ewig. Der zweite Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus hat die 60er Jahre nicht überlebt.

Deswegen ist es angebrachter denn je, Ludwig Erhard, den Stammvater der sozialen Marktwirtschaft, zu ehren und seine Lehren nach vorn zu bringen. Aus diesem Grunde haben wir ihm, weil gerade in dieser Zeit gegen so viele liberale Regeln der Wirtschaftspolitik verstoßen wird, unser Titelbild gewidmet.

*lehnen@mittelstand-deutschland.de*

### DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

**IMPRESSUM**

**Herausgeber**
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

**Verlag und Redaktion**
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefon: 04305 / 992 995
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

**Chefredakteur**
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

**Parlamentsredaktion**
Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 03212 / 103 39 25
E-Mail: kss@mitmagazin.com

**MIT-Inside**
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

**Redaktion Recht**
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

**Titelfoto**
Erhard-Plakat von 1957,
Haus der Geschichte, Bonn

**Anzeigen**
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: bk@mitmagazin.com

**Anzeigenverkauf**
Nielsen II, V, VII
Verlagsvertretung Getz,
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
Nielsen III a, III b, IV
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
Nielsen I, VI
MSM Medienservice Meins,
Telefon: 04102 / 3 15 78 , Fax 04102 / 3 15 38
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2008

**Satz und Layout**
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

**Druck**
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

**Bezugsbedingungen**
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.
Der Jahresbezugspreis beträgt 31,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.
ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

**IVW geprüft**

Emil Nolde: Selbstbild 1917, Detail

# Darf es noch etwas Kunst zum Champagner sein?

Emil Nolde hatte schon als junger Künstler eine Adresse in Berlin. Heute finden Sie ihn am Gendarmenmarkt. Wechselnde Ausstellungen in zehn lichten Galerieräumen präsentieren die Kunst des großen Expressionisten. Das Haus steht auch als Ort für exklusive Empfänge, gesetzte Diners oder Business-Events zur Verfügung. Nolde Stiftung Seebüll, Dependance Berlin, Jägerstraße 55, 10117 Berlin, Telefon +49 (0)30-4000 46 90, berlin@nolde-stiftung.de, www.nolde-stiftung.de

Nolde.

Nolde Stiftung Seebüll
Dependance Berlin

Wie kommen Sie für die Führung Ihres Unternehmens schneller an

**INFORMATIONEN**

gewinnen Sie am besten mit den Lösungen von DATEV. Denn zusammen mit der vorausschauenden Betreuung durch Ihren Steuerberater liefern sie die Grundlagen für Ihren unternehmerischen Erfolg.

Die DATEV-Software vernetzt die Unternehmensbereiche Warenwirtschaft, Rechnungswesen, Personalwirtschaft und Office-Management. Betriebswirtschaftliche Auswertungen geben Ihnen dabei jederzeit einen schnellen Überblick. Und weil auch Ihr steuerlicher Berater die aktuellen Unternehmensdaten kennt, kann er Sie in gewohnter Qualität mit seinem Know-how unterstützen. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater oder unter der Telefonnummer 0800 1001116.
**www.datev.de/unternehmensloesungen**

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.